

Clausewitz, Guerillakrieg und Terrorismus. Zur Aktualität einer missverstandenen Kriegstheorie

Christopher Daase · Sebastian Schindler

Zusammenfassung: Carl von Clausewitz gilt als der Theoretiker des großen Krieges. Wir wollen zeigen, dass er auch ein innovativer Theoretiker des kleinen, asymmetrischen Krieges ist. Bereits seine frühen Schriften enthalten dazu eine Reihe wichtiger Einsichten. Drei Missverständnisse der Rezeptionsgeschichte versperren jedoch den Blick darauf, dass diese Einsichten in die Theorie seines Hauptwerks „Vom Kriege“ Eingang gefunden haben. Clausewitz erarbeitet dort ein integratives Verständnis des Krieges als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, das auch auf heutige Guerillakriege und Terrorismus zutrifft.

Schlagwörter: Clausewitz · Politische Gewalt · Kriegstheorie · Kleiner Krieg · Asymmetrischer Konflikt

Abstract: Carl von Clausewitz is said to be the theorist of classic, inter-state war. We want to show that he is also an innovative theorist of small, asymmetric warfare. Indeed his early writings contain a number of valuable insights on that matter. However, three misunderstandings of Clausewitz's interpreters have concealed that he incorporates these insights into the central theoretic advancement of his magnum opus „On War“. In this book, Clausewitz develops an integrative concept of war as continuation of politics by other means which is applicable to today's guerilla warfare and terrorism.

Keywords: Clausewitz · Political Violence · Theory of War · Small War · Asymmetric Conflict

© VS-Verlag 2009

Prof. Dr. Christopher Daase (✉)
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Professur für Internationale Organisationen
am Exzellenzcluster „Normative Ordnungen“ der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt a.M.
E-Mail: Daase@normativeorders.net

Sebastian Schindler, M. A. (✉)
Visiting Scholar am Humphrey Institute of Public Affairs der University of Minnesota,
301-19th Avenue South, Minneapolis, Minnesota 55455, USA
E-Mail: schindl@umn.edu

1. Einleitung

Carl von Clausewitz gilt als der Theoretiker des großen, zwischenstaatlichen Krieges. Tatsächlich findet man in seinem Hauptwerk „Vom Kriege“ viel über die Schlachten des 18. und die Feldzüge des 19. Jahrhunderts, aber relativ wenig über die Volksaufstände und Bürgerkriege der gleichen Epoche. Dies ist in den vergangenen Jahren zum Anlass genommen worden, die Relevanz des Clausewitz'schen Denkens für die heutige Zeit grundsätzlich in Frage zu stellen. Angesichts des Wandels des Krieges, so wird behauptet, seien die Konzepte und Ideen von Clausewitz überholt und könnten die politische und militärische Wirklichkeit nicht mehr erfassen. Wir wollen zeigen, dass das Gegenteil der Fall ist. Clausewitz bietet eine überlegene Konzeption des Krieges, die in der Lage ist, auch die gegenwärtige Transformation der politischen Gewalt zu erklären.

Die Liste der Kritiker ist lang. Der Militärgeschichtler Martin van Creveld (1991: 22) behauptet zum Beispiel, dass Clausewitz'sche Gedanken in die Irre führen, weil nicht zwischenstaatliche Kriege, sondern existenzielle Kriegsformen das heutige Kriegsbild bestimmen. Prominente Strategietheoretiker wie Edward Luttwak (1995) und Steven Metz (1995) betonen, dass Konflikte geringer Intensität (*low intensity conflicts*) vorherrschen würden und Clausewitz deshalb veraltet sei. In ähnlicher Weise hat Mary Kaldor Clausewitz dazu benutzt, zu definieren, was sie „alte Kriege“ nennt, und diese von den „neuen Kriegen“ abzugrenzen, in denen nicht-staatliche Akteure die entscheidende Rolle spielen. Um die jüngsten Entwicklungen der politischen Gewalt zu verstehen, ist nach Meinung Kaldors (2000) ein Verständnis des Krieges notwendig, das sich *nicht* an Clausewitz orientiert. Das ist auch der Ausgangspunkt eines Großteils der Literatur zu Bürgerkriegsökonomien: Weil die politischen Ursachen des Krieges zunehmend hinter den ökonomischen zurücktreten, wie z. B. Herfried Münkler (2003a: 25, 2008a: 37) und Peter Lock (2003) argumentieren, müsste auch die Bindung des Kriegsbegriffs an den Begriff der Politik aufgehoben werden. David Keen (1998) formulierte deshalb prägnant gegen Clausewitz gewendet, dass Krieg nicht länger Politik, sondern Ökonomie mit anderen Mitteln sei.

Ein Großteil dieser Kritik kann auf intellektuelle Ignoranz zurückgeführt werden: Clausewitz wird häufiger zitiert als gelesen. Zudem mischen sich in die jüngsten Attacken gegen ihn, wie etwa bei John Keegan (1995), traditionelle Ressentiments gegen den preußischen Kriegstheoretiker und die Frustration über den nachlassenden Nutzen des Militärs in Konflikten wie in Afghanistan und im Irak (z. B. bei Corn 2006; Fleming 2004). Dabei wird Clausewitz für Versäumnisse in Militär und Politik verantwortlich gemacht, die allenfalls auf eine fortgesetzte Fehlinterpretation seiner Schriften zurückgeführt werden können. Aber selbst diejenigen, die Clausewitz verteidigen, wie Stuart Kinross (2004) oder Klaus-Jürgen Gantzel (2006), tun dies, indem sie die Kritiker attackieren und nicht, indem sie die analytischen Stärken von Clausewitz herausstellen. Eine überzeugendere Art nachzuweisen, dass Clausewitz auch heute noch relevant ist, wäre es, aus seinen Schriften diejenigen Konzepte und Theoreme herauszuarbeiten, mit denen sich die gegenwärtigen Entwicklungen im Bereich der politischen Gewalt erfassen und erklären lassen.

Zu diesem Zweck sind Clausewitz' frühe Überlegungen zum kleinen Krieg hilfreich. Der Militärgeschichtler Werner Hahlweg schrieb 1986, dass Clausewitz die Natur des

kleinen Krieges in Worten beschreibe, die „in manchen Aspekten auch heute noch anwendbar sind“ (Hahlweg 1986). Wir wollen über diese zurückhaltende Formulierung hinausgehen und behaupten, dass Clausewitz einen politischen Begriff des Krieges entwickelt, mit dem sich der Wandel politischer Gewalt und selbst die Entstehung von Guerillakrieg und Terrorismus erklären lassen. In einem ersten Schritt (Kapitel 2) wollen wir zeigen, dass die Entwicklung des Clausewitz'schen Denkens eng mit einer Auseinandersetzung über den kleinen Krieg verbunden ist (vgl. Daase 2007). Im Grunde ist Clausewitz einer der ersten Theoretiker nationaler Befreiungskriege, und seine Einsichten über die Motivation und Stärke militärisch unterlegener Akteure können bis heute Gültigkeit beanspruchen. In einem zweiten Schritt (Kapitel 3) wollen wir nachweisen, dass sich diese frühen Einsichten in späteren Jahren nicht etwa verflüchtigt haben. Vielmehr wollen wir zeigen, dass die politische Theorie des Krieges, die Clausewitz in „Vom Kriege“ entwickelt, Formen des kleinen Krieges einschließt (vgl. Schindler 2007). Gerade die berühmte „Formel“, nach der der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, soll die Vielgestaltigkeit und Wandelbarkeit des Krieges theoretisch erfassbar machen – obwohl sie zumeist als Beleg für die gegenteilige These genommen wird, Clausewitz sei als Denker des großen, zwischenstaatlichen Krieges längst veraltet. Auch Guerillakriege und Terrorismus sind aber als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu verstehen.

2. Der kleine Krieg in Clausewitz' frühen Schriften

Viele Kritiker von Clausewitz konzentrieren sich auf sein unvollendetes Hauptwerk „Vom Kriege“. Sie übersehen dabei, dass er sich zuvor in zahlreichen Schriften insbesondere mit Fragen der Guerillakriegführung und Volksbewaffnung auseinandergesetzt hat. Ihnen entgehen dadurch nicht nur zentrale Einsichten über das Verhältnis von Strategie und Taktik, die Stärke strategischer Verteidigung und die Möglichkeiten eines Landsturms. Vielmehr verlieren sie auch ein Gespür für die Entwicklung des Clausewitz'schen Denkens, das in der berühmten Formel, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, zwar kulminiert, dabei aber die früheren Gedanken über den kleinen Krieg und die strategische Verteidigung integriert.

Um die Bedeutung des kleinen Krieges in der Kriegskonzeption von Clausewitz zu verstehen, muss man also für einen Moment von seinem *opus magnum* absehen und sich den frühen Schriften zuwenden. In den Vorlesungen über den kleinen Krieg, die Clausewitz 1810 bis 1811 an der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin hielt, analysierte er die Kleinkriegsführung anhand der Rebellion in der Vendée 1793-1796, des Aufstandes in Tirol 1809 und des Spanischen Guerillakrieges ab 1808. In seiner berühmten „Bekennnisdenkschrift“ von 1812 schlug er eine preußische Volkserhebung nach dem Vorbild des spanischen Bürgerkrieges vor und entwarf den Plan für einen Guerillakrieg gegen die französische Besatzungsmacht. In „Vom Kriege“, das posthum ab 1832 erschien, wird dem kleinen Krieg aber nur noch ein kurzes Kapitel über die „Volksbewaffnung“ gewidmet, das im VI. Buch über die Verteidigung seinen systematischen Ort findet.

Diese drei Schriften markieren drei unterschiedliche Herangehensweisen an das Problem der asymmetrischen Kriegführung. In den Vorlesungen lehnt sich Clausewitz noch stark an die traditionelle Bestimmung der Kleinkriegsführung als Unterstützungsmaßnahme kleiner Einheiten im großen Krieg an. Allerdings sind hier und da schon Formulierungen zu finden, die dem kleinen Krieg eine eigenständigere Rolle zuweisen und ihn als geeignetes Mittel militärisch unterlegener Akteure darstellen. In der Bekenntnisdenschrift rückt dieser Aspekt ins Zentrum und es wird ein Volksaufstand zur nationalen Rettung Preußens empfohlen. Bei aller anti-französischen Emphase stellt Clausewitz sehr genau dar, worin die Stärken und Schwächen eines bewaffneten Volksaufstandes und einer Mobilisierung der Bevölkerung liegen. In „Vom Kriege“ sind schließlich diese Ideen wieder eingefangen und in die allgemeine Theorie des Krieges integriert.

In den Vorlesungen beginnt Clausewitz mit einer Definition des kleinen Krieges, die sich ganz in der Tradition des *petite guerre* bewegt, d.h. der im 18. Jahrhundert weit verbreiteten Doktrin, dass der kleine Krieg immer nur der Nebenschauplatz eines großen Krieges sein kann (Heuser 2005; Rink 2006). Der kleine Krieg, so Clausewitz, sei der „Gebrauch kleiner Truppenabteilungen im Felde“ (Clausewitz 1810/11: 231). Aber schon wenig später schränkt er ein, dass „sich freilich nicht strenge bestimmen [lasse], was man unter kleine[n] und große[n] Truppenabteilungen versteht“ (Clausewitz 1810/11: 233). Die Grenze zwischen dem kleinen und großen Krieg könne deswegen nicht scharf gezogen werden. Stattdessen schlägt Clausewitz vor, die „Eigenthümlichkeiten“ dieser Art der Kriegführung anhand von neun Charakteristika zu bestimmen, die vor allem die taktische Flexibilität betonen. Dabei zeigt sich noch die traditionelle Denkweise, nach der ein Sieg nur durch die Entscheidungsschlacht einer regulären Armee errungen werden kann. Beatrice Heuser ist deswegen der Meinung, dass das, „was Clausewitz in seinen Vorlesungen vortrug, um nichts interessanter [ist] als das, was seine Vorgänger zum Thema sagten“ (Heuser 2005: 44). Dieser Einschätzung würden wir insofern widersprechen, als Clausewitz wenige Zeilen später seine innovative Unterscheidung von Taktik und Strategie einführt und den kleinen Krieg als einen Gegenstand der „höheren Taktik“ bestimmt (Clausewitz 1810/11: 237).¹ Damit deutet sich eine Neubewertung des kleinen Krieges als zentrales Element einer aktiven Verteidigung an, die letztlich dem Angriff strukturell überlegen ist.

Dieser Gedanke ist von Clausewitz wenig später in seiner „Bekenntnisdenschrift“ systematisch weiterentwickelt und politisch konkretisiert worden. In diesem Traktat rechtfertigt Clausewitz sein Aufbegehren gegen die konservativen Kräfte in Preußen und sein Ausscheiden aus preußischen Diensten 1812. Aus einer politischen Analyse der europäischen Machtkonstellation entwickelt er Überlegungen, auf welche Weise Preußen einen Krieg gegen das napoleonische Frankreich gewinnen könnte. Er entwickelt dabei höchst originelle Ideen über die Dialektik von Offensive und Defensive, die später Eingang ins VI. Buch von „Vom Kriege“ finden. Ganz im Gegensatz zum traditio-

1 Auch Carl Schmitt (1980: 421) hat darauf hingewiesen, dass Clausewitz' Vorlesungen „erstaunlich aktuell“ bleiben; manche seiner Beispiele seien „mindestens ebenso spannend zu lesen wie die besten Seiten der ‚Schweizerischen Kleinkriegsanleitung für jedermann‘“. Schmitt bediente sich beider Schriften bei der Niederschrift seiner Theorie des Partisanen (1963).

nellen – insbesondere in der angelsächsischen Welt verbreiteten – Clausewitz-Bild, das Clausewitz als den „Mahdi der Massen“ und als Befürworter der offensiven Entscheidungsschlacht darstellt (Liddell Hart 1991; Fuller 1964; Keegan 1976), favorisiert Clausewitz hier einen indirekten Ansatz und betont die Stärke der Verteidigung. Das Rätsel ist einfach zu lösen: Dort, wo Clausewitz große, zwischenstaatliche Kriege thematisiert, die im Wesentlichen symmetrisch sind, favorisiert er die Offensive. Denn der Angriff ist die einzige Möglichkeit, „einen positiven Zweck“ durch einen militärischen Sieg zu erreichen. Dort aber, wo Clausewitz sich mit asymmetrischen Konstellationen befasst, wie in der Bekenntnisdenschrift, dort favorisiert er die Defensive als die stärkere Form der Kriegführung für den schwächeren Akteur.

Dabei gibt es, wie Clausewitz in der Bekenntnisdenschrift ausführt, drei Ebenen der Verteidigung: „Die Verteidigung kann also sein taktisch, strategisch, politisch“ (Clausewitz 1812: 742). *Politische* Verteidigung bedeutet, dass eine Nation für ihre Freiheit oder um ihre Existenz kämpft, nicht für ihre Erweiterung oder Expansion. *Strategische* Verteidigung ist der Schutz nationalen Territoriums im Gegensatz zur Eroberung fremder Gebiete. *Taktische* Defensive heißt schließlich, in der direkten militärischen Auseinandersetzung einen feindlichen Angriff abzuwarten, anstatt selbst die Initiative zu ergreifen und als Erster zuzuschlagen. Clausewitz betont, dass strategische Verteidigung nicht unbedingt taktische Verteidigung impliziert. Ganz im Gegenteil: „Dass die strategische Defensive nicht auch notwendig eine taktische herbeiführe, versteht sich von selbst. Innerhalb des Kriegstheaters, welches man zu verteidigen sich vorgenommen hat, kann man den Feind angreifen, wo und wie man es für gut befindet. Man hat also alle Mittel in demselben eine feindliche Armee total zu vernichten, so gut dies nur im Angriff geschehen kann“ (Clausewitz 1812: 745). Die Idee der „aktiven Verteidigung“ ist das klassische Kalkül der Guerillakriegführung, die nicht auf die Vernichtung der gegnerischen Armee zielt, sondern auf ihre Zerstörung durch Erschöpfung: „So wird das feindliche Corps einen Zustand der schwierigsten Defensive zu überwinden haben, und in diesem unglücklichsten aller Kriege täglich Kräfte einbüßen“ (Clausewitz 1812: 731).

Um erfolgreich zu sein, muss der Verteidigende bereit sein, auf Elemente staatlicher Organisation zu verzichten, um flexibler agieren zu können. Im Fall Preußens schlägt Clausewitz vor, die zentral organisierte staatliche Armee durch dezentral organisierte Freiwilligenverbände zu ersetzen. Diese sollen relativ unabhängig voneinander kämpfen und die französische Armee aus dem Hinterhalt angreifen. Clausewitz erkennt den politischen und militärischen Unterschied zwischen symmetrischen großen Kriegen, die zwischen mehr oder weniger gleichen Staaten geführt werden, und asymmetrischen kleinen Kriegen, die zwischen Staaten und (mehr oder weniger) nicht-staatlichen Akteuren stattfinden. Das strategische Ziel großer Kriege ist es meist den Gegner wehrlos zu machen, taktische Mittel sind Gefechte und schließlich die Entscheidungsschlacht, weil es wichtig ist, sich nicht im taktischen Geplänkel zu verlieren, sondern die strategische Entscheidung zu suchen (I, 2, 48²). Deswegen werden konventionelle große Kriege tendenziell taktisch in der Defensive, aber strategisch in der Offensive geführt.

2 Zitate aus Clausewitz' Hauptwerk „Vom Kriege“ sind hier und im Folgenden in der Form „(Buch, Kapitel, Seite)“ belegt. Die Seitenzahl bezieht sich auf die Ausgabe des Ullstein-

In unkonventionellen kleinen Kriegen ist es umgekehrt. Weil der schwächere Akteur die gegnerischen Streitkräfte nicht frontal angreifen kann, muss er auf verdeckte Angriffe kleiner Abteilungen zurückgreifen, um logistische Knotenpunkte, Kommunikationslinien oder nur schwach geschützte Stellungen anzugreifen, wie es Clausewitz so detailreich in seinen Vorlesungen beschrieben hat. In diesem Sinne werden kleine Kriege (vom schwächeren Akteur) strategisch in der Defensive, taktisch aber in der Offensive geführt (vgl. dazu allgemein Daase 1999). Dass dies den politischen Sieg nicht ausschließt, auf den es letztlich ankommt, ist offenkundig. Henry Kissinger wusste das nur zu gut, als er die amerikanischen Erfahrungen im Vietnamkrieg folgendermaßen zusammenfasste: „Die Guerilla gewinnt, wenn sie nicht verliert. Die konventionelle Armee verliert, wenn sie nicht gewinnt“ (Kissinger 1969: 214).

Werner Hahlweg hat einmal vermutet, dass Clausewitz vorhatte, einen zweiten Band zu „Vom Kriege“ zu schreiben, in dem er sich ausschließlich mit dem kleinen Krieg hätte befassen wollen. Das lässt sich weder belegen noch bestreiten. Es ist aber doch wenig wahrscheinlich. Anfang der 1830er Jahre war die Welt durch den Wiener Kongress so gründlich restauriert und das staatszentrierte Kriegsbild innenpolitisch wie international so sehr gestärkt worden, dass es nicht verwunderlich ist, dass Clausewitz in seinen späteren Schriften eine zurückhaltendere Position in der Frage der Volksbewaffnung und der Bürgermiliz einnahm – nicht unbedingt aus Opportunismus, sondern als Staatsmann einer kürzlich befreiten Nation, der es um die Konsolidierung der inneren und äußeren politischen Strukturen ging. Was aber noch wichtiger ist, ist die Tatsache, dass – wie wir im nächsten Kapitel zeigen werden – Clausewitz’ ganzes Bestreben darauf gerichtet war, in seinem Hauptwerk ein integratives Verständnis des Krieges zu entwickeln und eben kein Buch nur über den *großen* Krieg zu schreiben. Ein Buch über den *kleinen* Krieg brauchte es nicht zu geben, da alles bereits in „Vom Kriege“ gesagt worden war.

3. Das integrative Kriegsverständnis in Clausewitz’ Hauptwerk

Während die asymmetrische Kriegführung im Zentrum des frühen Denkens von Clausewitz steht, sieht es zunächst so aus, als sei sie in seinen späteren Schriften, insbesondere in „Vom Kriege“, deutlich schwächer vorhanden. Aber man sollte sich nicht nur auf die Textpassagen konzentrieren, in denen explizit vom kleinen Krieg oder der Volksbewaffnung die Rede ist. Vielmehr, so unsere These, ist der asymmetrische Krieg auch in Clausewitz’ Hauptwerk implizit allgegenwärtig. Denn der kleine Krieg ist, wie andere Formen des Krieges auch, aufgehoben in der berühmten Formel, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Mit dieser Formel beantwortet Clausewitz die zentrale theoretische Frage seines Nachdenkens über den Krieg: inwiefern „alle Kriege als Dinge *einer* Art“ zu betrachten sind, obwohl der Krieg wie ein „wahres Chamäleon (...) in jedem konkreten Fall seine Natur etwas ändert“ (VIII, 6B, 684, Hervorh. dort; I, 1, 46). Wie kann es sein, dass der

Verlags (Clausewitz 2003), die sich an den einschlägigen, von Werner Hahlweg herausgegebenen 18. und 19. Auflagen orientiert.

Krieg mal als „Spiegelfechtere“ der Kondottieri und mal als Völkerschlacht zwischen Nationen, mal als bloße Drohgebärde und mal als Entladung aller vorhandenen Kräfte geführt wird? Wie ist zu erklären, dass nicht jeder Krieg zum Äußersten tendiert, wie er es tun müsste, wenn man sich die in ihm wirksamen Tendenzen ansieht? Die Antwort, die Clausewitz Mitte der 1820er Jahre bei der Niederschrift des Achten Buches von „Vom Kriege“ gibt (und in deren Lichte er sich an die Überarbeitung des bereits Geschriebenen macht, ohne das Werk vollenden zu können), ist, dass der Krieg nichts Eigenständiges ist, „sondern ein Halbding, ein Widerspruch in sich; dass er als solcher nicht seinen eigenen Gesetzen folgen kann, sondern als Teil eines anderen Ganzen betrachtet werden muss, – und dieses Ganze ist die Politik“ (VIII, 6B, 684). Erst dieser Gedanke, so Clausewitz, bringe Einheit in das Denken des Krieges und verhindere „mit der gesamten Kriegsgeschichte in Widerspruch zu geraten“ (I, 1, 45-46). Und erst mit der Formel, so kann man sagen, gewinnen Clausewitz' frühe konzeptionelle und praktische Überlegungen theoretische Klarheit und bleibende Relevanz.

Das mag zunächst verwundern; ist es doch gerade die Formel, die Kritiker wie Mary Kaldor (2000), Martin van Creveld (1991, 1997) oder David Keen (1998) anführen, um zu belegen, dass das Clausewitz'sche Kriegsverständnis nicht zeitgemäß ist. Und selbst Herfried Münkler, der Clausewitz' Theorie keineswegs rundheraus ablehnt, sondern ihre analytische Stärke betont, ist der Meinung, dass „die viel zitierte Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln obsolet geworden sei“ (Münkler 2003a: 25). Unseres Erachtens basieren solche Einschätzungen auf Fehlinterpretationen des Clausewitz'schen Textes. Durch eine textnahe Neuinterpretation, die die Genese seines theoretischen Denkens berücksichtigt, ist es möglich, verbreitete Missverständnisse zu korrigieren und die systematische Bedeutung der Formel zur Erfassung des Wandels des Krieges und seiner Vielfalt zu verdeutlichen und damit ihre heutige Aktualität zu belegen.

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf drei Missverständnisse der Clausewitz-Rezeption, die sich erstens auf den Geltungsanspruch der Formel, zweitens auf die Beziehung zwischen Politik und Krieg und drittens auf den dahinter stehenden Politikbegriff beziehen. In Abschnitt 3.1 zeigen wir zunächst, dass in der Clausewitzforschung der Formel überwiegend ein *normativer Geltungsanspruch* zugesprochen wird, obwohl in „Vom Kriege“ ihre *faktische Geltung* betont wird. In Abschnitt 3.2 behaupten wir, dass die Beziehung zwischen Politik und Krieg in der Rezeption als *instrumentelle Unterordnung des Militärs unter die politische Führung* verstanden wird, obwohl es in „Vom Kriege“ darum geht, dass *Krieg deshalb immer politisch ist, weil er keine eigene Logik besitzt*, egal ob Staatsmänner oder Generäle die politischen Zwecke und strategischen Ziele eines Krieges bestimmen. Schließlich führen wir in Abschnitt 3.3 aus, dass die Forschung den Clausewitz'schen Politikbegriff ganz überwiegend als *inhaltlich durch staatliche Macht- oder Sicherheitsinteressen* bestimmt sieht, obwohl Politik in „Vom Kriege“ akteursneutral gefasst wird und es in diesem Sinne um keinen inhaltlichen, sondern einen eher *formalen Begriff des Politischen* geht.

3.1 Normative versus faktische Geltung der Formel

Man kann zwei Typen der normativen Interpretation des Clausewitz'schen Diktums, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, unterscheiden: zum einen *legitimierende* Deutungen, die davon ausgehen, dass die Formel den Krieg als normales politisches Mittel rechtfertige; zum anderen *präskriptive* Deutungen, die behaupten, dass Clausewitz eine Unterordnung der Kriegführung unter die Politik fordere. Bei *beiden* Formen der normativen Interpretation handelt es sich um Missverständnisse. Wir zeigen, dass Clausewitz der Formel einen *faktischen* und keinen normativen Geltungsanspruch zuweist.

3.1.1 Normative Interpretationen

„Noch während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts ist Krieg für die europäischen Großstaaten eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln geblieben – und abermals im zwanzigsten Jahrhundert. Dann erst hat das entsetzliche Elend der beiden Weltkriege endlich dazu geführt, daß das in den Volksmassen längst entstandene Bewußtsein vom Krieg als einem zu vermeidenden Kardinalübel der Menschheit sich auch führenden Politikern in West und Ost mitgeteilt hat“ (Schmidt 2007: 19).

Während im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Krieg noch als „normales“ und legitimes Mittel der Politik galt, ist das nach Helmut Schmidt heute nicht mehr der Fall. Insbesondere unter den Bedingungen der atomaren Bedrohung dürfe Krieg nicht länger als politisches Instrument verstanden werden (vgl. auch von Schubert 1992).

Eine Interpretation, die annimmt, die Clausewitz'sche Formel legitimiere den Krieg, liegt nahe, wenn man ihren theoretischen Anspruch unberücksichtigt lässt. Die spezifische Bedeutung der Formel ist „not likely to be sensed correctly by the person who has heard the phrase quoted to him“, wie Bernhard Brodie (1984b: 645) feststellte. Das heutige Verständnis der Begriffe Politik und Krieg und insbesondere die Ächtung des Letzteren führen dazu, dass Krieg in ein seltsam positives Licht gerückt wird, wenn man ihn als eine Fortsetzung der Politik bezeichnet. In der wissenschaftlichen Rezeption ist die legitimierende Deutung der Formel und die daran anschließende Kritik von Clausewitz als preußischen Bellizisten allerdings kaum noch verbreitet – abgesehen von wenigen Ausnahmen (Keegan 1995; Coady 1985). Es dominiert eine andere, ebenfalls normative Interpretation.

Exemplarisch kommt die zweite, *präskriptive* Deutung in folgender Einschätzung Lennart Souchons zum Ausdruck: „Berühmt und oft falsch verstanden ist die Clausewitzsche Formel ‚Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‘. Clausewitz fordert damit die unbedingte Unterordnung des Militärs unter die politische Führung“ (Souchon 2004). Die Formel ist laut Souchon als normative Forderung zu verstehen. Dass der Krieg die Fortsetzung der Politik *ist*, bedeute, dass er zu ihrer Fortsetzung gemacht werden *soll*. Diese präskriptive Interpretation mag zunächst verwundern. Den Satz „Die Erde ist rund“ versteht man ja gewöhnlich auch nicht in dem Sinn, die Erde wäre nicht rund, solle aber möglichst rund geformt werden. Dennoch ist sie in der Clausewitzforschung der letzten Jahrzehnte vorherrschend.

Die meisten Interpreten gehen dabei davon aus, dass die Formel *zugleich* präskriptive und faktische Geltung beansprucht. Laut Peter Paret geht es zum einen darum, dass „war is an expression of the state's political will“. Zum anderen werde gefordert, dass „military action *should* express policy as closely and effectively as possible“ (Paret 1993: 168-169, unsere Hervorh.). Ähnlich hält Dan Smith (1994: 137) fest, die Formel sei „as much prescriptive as descriptive“. Herfried Münkler (2003b: 14, 81) versteht sie einerseits als faktische Aussage, andererseits als Forderung an den Generalstab. Daniel Moran schließlich schreibt, Clausewitz sei davon überzeugt, dass „as a matter of historical fact, political objectives shaped the course of military operations, and also, as a matter of theoretical inference, that they should do so“ (Moran 2007: 91).

Die Deutung der Formel als *zugleich* präskriptive *und* faktische Aussage ist allerdings problematisch. Beide Geltungsansprüche sind offensichtlich nicht miteinander vereinbar. Wenn der Krieg faktisch die Fortsetzung der Politik ist, dann ergibt die Forderung, er solle dazu gemacht werden, keinen Sinn. Die Clausewitz'sche Theorie erscheint dann als inkohärent. Die Vermischung der Geltungsansprüche führt zu einer Verwischung ihrer Aussage.

Es gibt in der Rezeptionsgeschichte zwei Versuche, diesen Widerspruch aufzulösen. Eine *erste* Möglichkeit ist, auf einen der beiden Geltungsansprüche zu verzichten. Bernard Brodie (1984a, b) und Hew Strachan (2007) wählen diesen Weg. Sie behaupten, die Formel habe nur präskriptive Geltung. Eine ähnliche Tendenz ist auch bei Colin S. Gray (2007: 27) zu erkennen. Sowohl Brodie als auch Strachan begründen die Ablehnung des faktischen Geltungsanspruchs damit, dass ein solcher empirisch nicht plausibel wäre. Da es zahlreiche Fälle gebe, in denen der Krieg kein Instrument der (zivilen) Politik gewesen sei – insbesondere der Erste Weltkrieg wird hier als Beispiel genannt (Brodie 1984b: 706) –, könne die Formel gar nicht in allen Fällen gültig sein. Brodie und Strachan gestehen zwar zu, dass der Text eindeutig eine faktische Geltung der Formel nahelege. Das liegt ihrer Auffassung nach jedoch daran, dass Clausewitz die normative Forderung besonders hervorheben wolle (Brodie 1984b: 645-646) – oder daran, dass „he had elided what he now felt policy should do to war with what policy actually does to war“ (Strachan 2007: 176). Clausewitz „fühle“, dass die Politik den Krieg zu ihrer Fortsetzung machen *solle*, aber er wähle seine Worte so, als ginge es um eine faktische Beschreibung. Sein Text leide deshalb an einer „tyranny of his own normative prescriptions“, also der faktischen Formulierung eigentlich präskriptiv gemeinter Aussagen (Strachan 2007: 176, 146).

Eine *zweite* Möglichkeit, den Widerspruch zwischen einer gleichzeitigen Seins- und Sollensaussage aufzulösen, besteht in der Zuordnung der beiden Geltungsansprüche zu zwei unterschiedlichen Gegenständen. Ausgangspunkt für diese Lösung ist die Unterscheidung zwischen einem subjektiven und einem objektiven Politikbegriff, die Eberhard Kessel in der Clausewitz-Interpretation etabliert hat. Clausewitz verwende einen subjektiven Politikbegriff, wenn er von einem politischen Willen ausgeht, der sich Zwecke setzt und so direkten Einfluss auf den Krieg nimmt (Kessel 1953: 137). Modern gesprochen handelt es sich um einen akteurzentrierten Politikbegriff, der politische Akteure (vor allem den Staat) wie handelnde und denkende Personen auffasst. Clausewitz spricht insbesondere von der „Intelligenz des personifizierten Staates“ (I, 1, 45). Der objektive Politikbegriff umfasst dagegen die „allgemeinen geistigen, politischen, wirt-

schaftlichen und sozialen Gegebenheiten einer ganzen Epoche“ (Kessel 1953: 138). Bei Clausewitz sei dieser z. B. zu finden, wenn er schreibt, „daß der Krieg und die Gestalt, welche man ihm gibt, hervorgeht aus augenblicklich vorhergehenden Ideen, Gefühlen und Verhältnissen“ (VIII, 2, 653). Modern könnte man hier den Begriff „Struktur“ setzen, der die ideellen und materiellen Rahmenbedingungen erfasst, auf deren Grundlage die Akteure – die subjektiven Intelligenzen – handeln.

Mithilfe der Unterscheidung zwischen subjektiver und objektiver Politik kann man den Widerspruch zwischen präskriptiver und faktischer Geltung lösen. Die faktische Geltung bezieht sich dann darauf, dass Kriege objektiven politischen Strukturen unterworfen sind. Die präskriptive Geltung richtet sich hingegen darauf, dass Kriege dem subjektiven Willen politischer Akteure unterworfen sein *sollten*, es aber keineswegs immer sind. Nach Raymond Aron kann mit dieser Unterscheidung das Problem gelöst werden, dass in existenziellen Kriegen „der Verstand, dem die subjektive Politik untersteht, ganz oder teilweise seine Herrschaft oder Souveränität“ verliert (Aron 1980: 627). Diese Kriege sind objektiv politisch, jedoch subjektiver Kontrolle entglitten. Daraus folgert Aron die Notwendigkeit einer „Oberhoheit der Politik über das militärische Instrument“ (Aron 1980: 655). Ähnlich wie Aron gehen auch Christopher Bassford (2007: 84-87), Andreas Herberg-Rothe (2001: 226-228) und Hugh Smith (2005: 102) von einer doppelten Bedeutung der Clausewitz'schen Formel aus. Sie steht zum einen für eine faktische Aussage in Bezug auf den objektiven Politikbegriff, zum anderen für eine präskriptive in Bezug auf den subjektiven Politikbegriff (siehe *Tabelle 1*).

Tabelle 1: Die Lösung des Widerspruchs von faktischer und präskriptiver Gestaltung der Formel bei Aron, Brassford, Herberg-Rothe und Smith

	Politikbegriff	subjektiv (Akteur)	objektiv (Struktur)
Geltungsanspruch			
faktisch			X
präskriptiv		X	

Ob man Paret (1976, 1984, 1993), Moran (2007), Münkler (2003b) und Smith (1994) folgt und beide Geltungsansprüche vermischt; ob man mit Brodie (1984b), Strachan (2007) und Gray (2007) die faktische Geltung aufgibt; oder ob man mit Aron (1980), Bassford (2007), Herberg-Rothe (2001) und Smith (2005) beide Ansprüche auf unterschiedliche Begriffe des Politischen bezieht – allen drei Rezeptionssträngen ist die Idee gemeinsam, dass die Relevanz und Aktualität von Clausewitz in der Forderung nach politischer Kontrolle des Militärs und der Kriegführung durch zivile Regierungen besteht. Damit gelingt es der Clausewitz-Forschung, der Formel einen Sinn zu geben, der normativen Idealen unserer Zeit entspricht.

3.1.2 Die faktische Geltung der Formel

Dass Generäle den Anordnungen von Politikern Folge leisten sollen, ist ein heute nahe-liegender Gedanke. Doch so aktuell und relevant er scheinen mag, und so gern wir Clausewitz für die zivile Kontrolle des Militärs in Anspruch nehmen würden, die nor-mativ-präskriptive Deutung der Formel hat ein grundlegendes Problem: Sie entspricht nicht den Clausewitz'schen Ausführungen in „Vom Kriege“. Geht man vom Text aus, stellt die Formel einen zentralen Teil des Versuchs dar, den Krieg zu *verstehen*. Sie dient dazu, „Einheit in die Betrachtung zu bringen“ (Nachricht, 19) und die Vielfalt der Kriegführung in einem allgemeinen Kriegsbegriff zu fassen. Erst durch die Formel „wird die ganze Kriegsgeschichte verständlich, ohne [sie] ist alles voll der größten Absurditäten“ (Clausewitz 1827: 496).

Als Versuch, die Kriegsgeschichte verständlich zu machen, ist die Formel eigentlich nur als faktische Aussage sinnvoll interpretierbar. Die normativ-legitimierende Interpretation weist Clausewitz zudem selbst zurück. Die Frage, ob der Krieg „der Menschheit überhaupt heilsam ist oder nicht“, will er ausdrücklich „den Philosophen“ überlassen (VI, 26, 530). Auch die drei oben beschriebenen Varianten der präskriptiven Deutung können nicht überzeugen. Vier Argumente belegen, dass Clausewitz den Krieg *faktisch* als Instrument eines *politischen Akteurs* (d.h. subjektiver Politik) verstanden wissen will.

Tabelle 2: Subjektive Politik, faktische Geltung

	Politikbegriff	subjektiv (Akteur)	objektiv (Struktur)
Geltungsanspruch			
faktisch		X	
präskriptiv			

Erstens werden an zentraler Stelle in „Vom Kriege“ subjektiver Politikbegriff und fak-tischer Geltungsanspruch explizit miteinander verbunden. Clausewitz schreibt im 1. Kapitel des I. Buchs, dass *alle Kriege gleichermaßen* politisch sind, wenn man „Politik wie die Intelligenz des personifizierten Staates“ – also als handelnden Akteur – betrach-tet (I, 1, 45). Es kann also nicht um die präskriptive Forderung gehen, dass *manche Kriege stärker* politischer Kontrolle unterworfen werden sollten.

Zweitens sind die Formulierungen, mit denen Clausewitz die Formel näher erklärt, mit einer „objektiven“ Interpretation des Politikbegriffs nicht zu vereinbaren. Im Ge-genteil weisen sie darauf hin, dass Clausewitz in der Formel den subjektiven, akteur-zentrierten Charakter des Politischen ausdrücken will. Dass der Krieg Mittel zu einer politischen Absicht bzw. einem politischen Zweck ist (I, 1, 44), lässt an einen Akteur denken, der bestimmte Motive und Intentionen hat. Dass der Krieg „ein Instrument der Politik“ ist (VIII, 6B, 682, 684; I, 1, 44), impliziert die Vorstellung, dass die Politik sich seiner bedient. Objektive politische Strukturen setzen sich weder Zwecke noch gebrauch-en sie den Krieg als Instrument. Entsprechend lautet eine der Formulierungen der Formel, dass der Krieg „nichts als die Fortsetzung der politischen *Bestrebungen* mit

veränderten Mitteln“ sei (Clausewitz 1827: 496, unsere Hervorh.) – es geht um zielgerichtetes Denken und Handeln eines politischen Akteurs.³

Drittens betont Clausewitz mehrfach ausdrücklich, dass die Formel faktische Geltung besitzt. In der „Nachricht“, in der er eine Umarbeitung seines Hauptwerks ankündigt, bezeichnet er sein Diktum als „faktisch bestehenden“ und zugleich „praktisch notwendige[n] Gesichtspunkt“ (Nachricht, 19). An anderer Stelle führt er aus, „daß die Natur des politischen Zweckes, die Größe unserer oder der feindlichen Forderung und unser ganzes politisches Verhältnis *faktisch* den entscheidendsten Einfluß auf die Kriegführung behauptet“ (VIII, 5, 680, unsere Hervorh.). Wenn Clausewitz schließlich betont, dass der Krieg „notwendig“ den Charakter der Politik tragen muss, ist damit keine normative Forderung gemeint. Vielmehr geht es darum, dass die Formel notwendig ist, um die „ganze Kriegsgeschichte verständlich“ zu machen (VIII, 6B, 690; Clausewitz 1827: 496).

Viertens betont Clausewitz mehrmals, dass *alle* Kriege als Fortsetzung der Politik zu verstehen sind. Er schreibt, dass „wir uns den Krieg *unter allen Umständen* [...] als ein politisches Instrument zu denken haben“ (I, 1, 45, unsere Hervorh.) und dass er anders „der Natur der Verhältnisse nach nicht sein kann“ (I, 1, 46). An anderer Stelle heißt es: „die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und *niemals* kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden“ (I, 1, 44, unsere Hervorh.). Wenn der Krieg *immer* als Ausdruck der Absichten politischer Akteure gedacht werden muss, dann macht die präskriptive Deutung der Formel als normative Forderung, der Krieg solle Ausdruck solcher Absichten sein, wenig Sinn.

3.2 Instrumentelle Unterordnung des Militärs versus politische Logik des Krieges

Anstelle der präskriptiven Deutung, das Militär *solle* der politischen Führung untergeordnet sein, tritt bei manchen Interpretationen die faktische Behauptung, das Militär *sei* der politischen Führung stets untergeordnet. Besonders Wissenschaftler, die sich mit heutigen Kriegsformen beschäftigen, wie z.B. Martin van Creveld, Jan Willem Honig oder Herfried Münkler, verwenden diese *instrumentelle* Deutung der Formel. Sie eignet sich nämlich als ideale Kontrastfolie, um die Neu- und Andersartigkeit heutiger Kriege aufzuzeigen, in denen nicht wie in den alten Clausewitz'schen Kriegen das Militär ein rationales Instrument der politischen Führung ist, sondern der Krieg entfesselt, zu einem vornehmlich der Bereicherung dienenden Handwerk oder zum Ausdruck fundamentalistischer religiöser Überzeugungen geworden ist.

³ An zwei der insgesamt sechs Textstellen, an denen die Formel steht, ist vom Krieg als Fortsetzung des „politischen Verkehrs“ die Rede, und nicht der Politik (I, 1, 44; VIII, 6B, 683). Auch hier ist allerdings nicht ein objektiver Begriff des Politischen gemeint, sondern das Handeln zweier (oder mehrerer) politischer Intelligenzen, die im Kriege interagieren. Im I. Buch heißt es so, dass der Krieg „ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln“ (I, 1, 44) – der subjektive Begriff des Instruments wird vom politischen Verkehr nicht unterschieden. Ähnlich im VIII. Buch, wo davon die Rede ist, dass der politische Verkehr „in seinem Wesen fortbesteht, wie auch seine Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich *bedient*“ (VIII, 6B, 683, unsere Hervorh.).

Zwar teilen wir die Einschätzung der instrumentellen Interpretationen, dass die Formel den Krieg als faktische Fortsetzung subjektiver Politik bestimmt. Allerdings stellen wir uns gegen den Gedanken, es gehe dabei um eine instrumentelle Unterordnung des Militärs unter die politische Führung. Clausewitz' Formel argumentiert auf einem anderen theoretischen Niveau. Sie soll ein Problem lösen, mit dem sich Clausewitz in den 1820er Jahren konfrontiert sah: Welche Rolle spielt die „Logik des Krieges“, die von ihm angenommene „Tendenz zum Äußersten“, in der Kriegstheorie? Diese Logik der Eskalation hat zwar eine gewisse Plausibilität. Aber sie müsste eigentlich dazu führen, dass alle Kriege zu äußerster Gewalt tendieren, was empirisch nicht der Fall ist. Die Lösung dieses Problems führt Clausewitz zur Aufgabe der Idee einer eigenen „Logik des Krieges“ und hin zu dem Gedanken, dass Krieg einer *politischen* Logik angehört – eben zur Idee, dass er eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

3.2.1 Instrumentelle Unterordnung des Militärs unter die politische Führung

Die in Kapitel 3.1.1 vorgestellte präskriptive Deutung der Formel überzeugt nicht alle Wissenschaftler. Jan Willem Honig (1997: 110-111) und Azar Gat (1989: 249-250) kritisieren, dass mit ihr Clausewitz falsch interpretiert werde. Wenn z. B. Michael Howard und Peter Paret in Clausewitz' politischer Theorie vor allem die Forderung einer „civilian democratic control over the war effort“ ausgedrückt sähen, dann sei ein Hauptproblem, dass „to a large extent they read these issues into Clausewitz“ (Honig 1997: 111). Damit hat Honig zweifellos Recht. Aber die von ihm, Gat und anderen entwickelte instrumentelle Alternativinterpretation unterscheidet sich letztlich weniger von den präskriptiven Deutungen, als es zunächst den Anschein hat. Sie geht vom gleichen Unterordnungsverhältnis zwischen Militär und Politik aus und verändert lediglich den Geltungsanspruch: Aus einer normativen wird eine faktische Behauptung. Für Honig ist die Formel „an obvious assumption“ (Honig 1997: 111). Aus der Forderung einer Unterordnung der Kriegführung unter die Politik wird so die instrumentelle Tatsachenbehauptung, der Krieg sei der Politik stets untergeordnet: „Clausewitz could not conceive of war as being anything other than an instrument in the hands of the princes of Europe“ (Honig 1997: 111).

Aber war das Militär in der Kriegsgeschichte faktisch immer der politischen Führung unterworfen? Offensichtlich nicht. Und trotzdem behaupten instrumentelle Deutungen, dass Clausewitz mit der Formel diese Frage bejaht. Herfried Münkler geht davon aus, dass in ihr die „instrumentalistische Dimension der Kriegsauffassung“ zum Ausdruck komme (Münkler 2003b: 103). Clausewitz' berühmtes Diktum beruhe „auf der Überzeugung, daß die Politik über den Krieg verfügen könne und es keine Tendenzen im Kriege gebe, die sie in ihren Entscheidungen behindern und begrenzen“ (Münkler 2003b: 14) – kurz: es gehe um eine „bedingungslos[e] Unterordnung des Krieges unter die Politik“ (Münkler 2003b: 81). Solche instrumentellen Deutungen der Clausewitz'schen Beschreibung der Beziehung zwischen Politik und Krieg sind weit verbreitet – und die Schlussfolgerung, sein Denken sei deshalb veraltet, ist es auch. Nicht nur für Münkler ist die Formel für die Erfassung sogenannter „neuer“ Kriege „obsolet geworden“ (Münkler 2003a: 25, vgl. 2003b: 90). Bereits Mary Kaldor (2000: 37) grenzte sich gegen ein Clausewitz'sches Verständnis vom Krieg ab, das die rationale Instrumentalität des Krie-

ges überbetone. Existenzielle Kriege fielen, so betont auch Martin van Creveld, „entirely outside the instrumental framework that Clausewitz, as its greatest philosopher, creates“ – obwohl sie in der Geschichte weder unwichtig noch besonders selten gewesen seien (Creveld 1997: 20, vgl. 1991: 22, 161-187). Man könnte die Liste derartiger Zitate lange fortsetzen.⁴

3.2.2 Die politische Logik des Krieges

Die instrumentellen Deutungen haben dort Recht, wo sie den präskriptiven Geltungsanspruch der Formel verwerfen. Aber sie haben Unrecht, wenn sie die von den präskriptiven Deutungen geforderte Unterordnung von Militär und Kriegführung unter die Politik lediglich mit einer faktischen Geltung versehen und so bei einer empirisch unhaltbaren Behauptung landen. Der gemeinsame Fehler von instrumentellen und präskriptiven Interpretationen ist, dass sie den systematischen Ort verkennen, an dem die Formel in Clausewitz' politischer Theorie des Krieges steht. Die Formel ist Clausewitz' Antwort auf die Frage, warum Kriege nicht immer absolut geführt werden, sondern zu verschiedenen Zeiten verschiedene Formen annehmen.

Clausewitz beginnt sein Hauptwerk „Vom Kriege“ mit der Bestimmung des Krieges als „erweiterte[n] Zweikampf“ (I, 1, 27). Aus der Logik des Duells deduziert er das Grundprinzip der Eskalation und entwickelt daraus das, was er die *Logik des Krieges*, den *Begriff des Krieges* und den *absoluten Krieg* nennt.⁵ Dabei beschreibt er drei „Wechselwirkungen“ zum Äußersten – in der Anwendung der Gewalt, beim Setzen strategischer Ziele und in der Mobilisierung der Kräfte (I, 1, 28-31). Die kriegführenden Akteure sind gezwungen, Gewalt auf eine immer extremere Weise anzuwenden, sich immer größere Ziele zu setzen und immer mehr Kräfte zu mobilisieren, um eine Niederlage zu vermeiden. Gleichgültig, welche politischen Motive am Anfang des Krieges standen – *im* Krieg muss man der logischen Tendenz des absoluten Krieges (I, 1, 45) folgen, weil einem andernfalls der Gegner zuvorkommt. Das militärische Ziel der Niederwerfung des Gegners verdrängt so die ursprünglich verfolgten politischen Zwecke.⁶

4 Zum Beispiel mit Barth (2008: 49); Harris (2002: Kap. „An act of war?“); Holsti (1996: 20); Kaplan (2000); Metz (1995); Snow (1997: 105-107, 129); Toffler/Toffler (1994: 1). Siehe zusammenfassend Angstrom (2003: 7-15).

5 Clausewitz verwendet die Bezeichnungen als Synonyme. Er spricht von einem Ziel oder einer Wechselwirkung „dem Begriff nach“ (I, 1, 28, 29) oder vom „(bloßen) Begriff“ des Krieges (I, 1, 29, 33; I, 2, 49). Unter der „*natürlichen Tendenz* des Krieges“, die dem Begriff eingeschrieben ist, versteht er die „philosophische“ bzw. „eigentlich *logische*“ (I, 1, 45, Hervorh. dort). Sie beschreibt „das Absolute, das sogenannte Mathematische“ des Krieges (I, 1, 42): die Tendenz zum Äußersten. Clausewitz' Gebrauch der Bezeichnungen „absoluter Krieg“ und „absolute Gewalt“ im VI. und im VIII. Buch von „Vom Kriege“ ist allerdings nicht ganz kohärent, weil der absolute Krieg dort nicht nur als irrales, theoretisches Konstrukt beschrieben wird, sondern auch als historische Realität (vgl. z. B. VI, 28, 542; VIII, 3B, 670; Strachan 2007: 149-153). Dies kann vermutlich auf die unvollständige Überarbeitung des Werks ab 1827 zurückgeführt werden.

6 III, 8; III, 11; III, 16, 203; VIII, 1, 649; VIII, 3A, 654-655; VIII, 3B, 658; VIII, 9, 698, 722, 724; Clausewitz (1804: 18-19, 35-36); vgl. auch Gat (1989: 199-200); Paret (1976: 90-91, 195-196, 377); Zhang (1995: 371-373).

Der abstrakte Begriff des Krieges ist allerdings wenig nützlich, wenn man das tatsächliche Kriegsgeschehen verstehen will. Clausewitz erkennt, dass die Logik der Eskalation zu Extremen führt, „die nichts als ein Spiel der Vorstellungen wären, hervorgebracht durch einen kaum sichtbaren Faden logischer Spitzfindigkeit.“ Die Logik des Krieges ist „ein bloßes Büchergesetz [...] und keins für die wirkliche Welt“ (I, 1, 31). Der begriffliche, absolute Krieg ist unreal. Raymond Aron (1980: 111) hat ihn als eine Art Idealtyp im Sinn Max Webers beschrieben, an den sich wirkliche Kriege in stark unterschiedlichem Grad annähern.⁷

Clausewitz muss mit der empirischen Unzulänglichkeit seines Kriegsbegriffs höchst unzufrieden gewesen sein. Er wusste aus intensivem Studium der Kriegsgeschichte von Friedrich dem Großen bis zurück zu den Tartaren, wie sehr sich die Art und Weise Kriege zu führen, verändert hatte (VIII, 3B). Zudem hatte er selbst miterlebt, wie innerhalb weniger Jahrzehnte ein radikaler Wandel der Kriegführung in Europa stattgefunden hatte, den er vor allem auf die politischen und sozialen Veränderungen der Französischen Revolution zurückführte (VIII, 3B, 667-668; vgl. Etzersdorfer 2008: 60). Die reine Logik des Krieges taugte zur Erfassung dieser Phänomene nicht. Ein anderer Kriegsbegriff war notwendig, wenn man „alle Kriege als Dinge *einer* Art“ erfassen wollte (VIII, 6B, 684). Die Idee zu einem integrativen Kriegsbegriff kam ihm vermutlich 1827 und veranlasste ihn, seine Gedanken neu zu ordnen.

Diese Idee basiert darauf, dem Krieg eine eigene Logik abzusprechen. Der Krieg habe lediglich eine eigene „Grammatik“ (VIII, 6B, 683) und bleibe immer einer politischen Logik unterworfen:

„Wir dürfen uns also nicht dazu verleiten lassen, den Krieg wie einen bloßen Akt der Gewalt und der Vernichtung zu betrachten und aus diesem einfachen Begriff mit logischer Konsequenz eine Reihe von Folgerungen zu ziehen, die mit den Erscheinungen der wirklichen Welt gar nicht mehr zusammentreffen, sondern wir müssen darauf zurückkommen, daß der Krieg ein politischer Akt ist, der sein Gesetz nicht ganz in sich selbst trägt, ein wahres politisches Instrument, was nicht selbst wirkt, sondern von einer Hand geführt wird. Diese Hand ist die Politik“ (Clausewitz 1827: 498).

7 Die Ähnlichkeit zum Ansatz Webers (1973: 190-193) besteht darin, dass Clausewitz bestimmte Elemente der Wirklichkeit herausgreift und sie gedanklich steigert, bis er zu Extremen gelangt, die es in dieser Form empirisch nicht gibt. Mit der Deutung des absoluten Krieges als irrealen Ideal steht Raymond Aron (1980) in einer langen Reihe von Clausewitz-Interpreten von Hans Rothfels über Eberhard Kessel und Gerhard Ritter bis zu Werner Hahlweg, „deren Abschluss und Höhepunkt er gewissermaßen bildet“ (Herberg-Rothe 2001: 84; vgl. auch Zhang 1995). Neben der Analogie zum Weberschen Idealtyp wird in der Rezeption auch eine Parallele zu Immanuel Kants Vorstellung des „regulativen Gebrauchs der Ideen“ gezogen. Der Gedanke, der absolute Krieg sei eine regulative Idee in diesem Sinn, geht auf Rothfels (1980: 273) zurück. Daneben betont z.B. Paret, dass Clausewitz von der Notwendigkeit „to ascertain the essence of each phenomenon, or its regulative idea“ überzeugt gewesen sei (Paret 1984: 16). Gewalt als „essential idea“ des Krieges komme diese Rolle zu (Paret 1984: 16). Da im Text der absolute Krieg als „Spiel der Vorstellungen“ bezeichnet wird (I, 1, 31), ist diese Parallele nicht unbedingt treffend. Der Gedanke des absoluten Krieges ist für Clausewitz ein Weg, einen in sich kohärenten Begriff des Krieges auszubuchstabieren – und weniger eine rationale Bedingung der Möglichkeit empirischer Erfahrung.

Die Formel macht verständlich, „wie verschieden die Kriege nach der Natur ihrer Motive und der Verhältnisse, aus denen sie hervorgehen, sein müssen“ (I, 1, 46). Die Ursache für die Verschiedenheit der Kriege liegt in der Wandelbarkeit der Motive der Akteure und der historischen Strukturen, aus denen sie hervorgehen.⁸ Dies schließt nicht aus, dass die politischen Motive eines Krieges sich im Kriegsverlauf wandeln. Clausewitz ist sich der Möglichkeit bewusst, dass die Politik „von der Natur der [im Krieg] explodierenden Kräfte“ mitgerissen werden kann (I, 1, 44). Der politische Zweck ist „kein despotischer Gesetzgeber, er muß sich der Natur des Mittels fügen und wird dadurch oft ganz verändert“ (I, 1, 44; vgl. I, 2, 50). Trotzdem, und das ist die Pointe des Clausewitz'schen Arguments, muss der Krieg auch in diesen Fällen als politisches Instrument gedacht werden (I, 1, 45; Clausewitz 1827: 498-499). Selbst in extremen Fällen, dort, wo der Krieg sich zu verselbstständigen scheint, verschwindet nämlich das Politische nicht: „Das politische Prinzip [fehlt] hier ebensowenig als bei anderen Kriegen, nur fällt es mit dem Begriff der Gewalt und Vernichtung ganz zusammen und verschwindet unserem Auge“ (Clausewitz 1827: 498-499, Hervorh. dort). Den „totalen Krieg“ – ein Begriff übrigens, den Clausewitz selbst nicht verwendet, der aber in Clausewitz'schen Kategorien durchaus zu denken ist – gibt es nicht deshalb, weil die Logik des Krieges den Akteuren keine andere Wahl lassen würde. Vielmehr sind auch hier die politischen Zwecke entscheidend, die in absoluter Feindschaft und grenzenlosem Hass bestehen können.

In der Clausewitz-Forschung wird dies überwiegend anders gesehen. Totale oder existenzielle Kriege werden dort im Unterschied zu instrumentellen als unpolitisch verstanden (z. B. von Aron 1980; Brodie 1984b; Münkler 2003b, 2008b: 131; Barth 2008: 49). Am Beispiel des Ersten Weltkrieges haben Aron (1980: 364-365, 367, 627) und Brodie (1984b: 706) zu zeigen versucht, wie sich das Militär der (angeblichen) Clausewitz'schen Forderung nach politischer Unterordnung entzieht. Der deutsche Generalstab habe die Kriegsziele in einer rein militärischen Logik bestimmt, was zu einer Totalisierung des Kriegsgeschehens auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges geführt habe. Wenn man Clausewitz aber genau liest, dann können strategische Entscheidungen gar nicht auf rein militärische Weise getroffen werden; sie sind immer Ausdruck einer *Wahl* und deshalb immer politische Entscheidungen. Das heißt, der Generalstab setzte unweigerlich politische Zwecke, als er vorgab „rein militärisch“ zu handeln.⁹ Der totale Krieg war eine *politische* Entscheidung der Militärführung.

Dies bedeutet umgekehrt nicht, dass Clausewitz einen rein voluntaristischen Kriegsbegriff vertritt. Er ist sich der Bedeutung von historisch vorherrschenden Ideen, Akteurseigenschaften wie etwa der Beteiligung des Volkes an der Regierung oder der Tendenz des Krieges zur Eskalation – also dessen, was man heute „strukturelle Bedingungen“ nennen würde – bewusst (vgl. VIII, 3B, 6B; I, 2, 58-59; vgl. Senghaas 1980: 347). Gleichzeitig betont er das Element der bewussten Wahl von Zwecken, Zielen und Mit-

8 Siehe auch I, 1, 35-36, 43-45; I, 2, 49-51, 61; I, 3, 69; VIII, 3B, 658; VIII, 6A, 682; Clausewitz (1827: 497, 499-500).

9 Diese Entwicklung kann man in der Tat mit Clausewitz normativ kritisieren (z. B. VIII, 6B, 688). Allerdings handelt es sich um ein fundamentales Missverständnis seiner Theorie, wenn man meint, es sei möglich, strategische Entscheidungen auf eine unpolitische Weise zu treffen.

teln durch die Akteure, das was wir heute als „agency“ bezeichnen würden. Krieg ist Gewaltanwendung von Akteuren zu Zwecken, die sich diese setzen, wobei sich Akteure und Zwecke im Rahmen historischer Strukturen wandeln.

Mit der Formel ist folglich ein integrativer Kriegsbegriff etabliert, der über die Ähnlichkeit der Form ganz verschiedene Arten politischer Gewaltanwendung in der Geschichte integrieren kann. Kriege können

- von Akteuren mit ganz unterschiedlichen Eigenschaften geführt werden (zum Beispiel von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren, vgl. VIII, 3B);
- zu unterschiedlichen politischen Zwecken geführt werden (bspw. um politisch zu überleben, territorial zu expandieren oder einem Bündnispartner zu helfen, vgl. I, 2, 47, 54; Clausewitz 1827: 498);
- unterschiedlichen strategischen Zielen dienen (zum Beispiel der bewaffneten Beobachtung, der Vernichtung oder nur der Einschüchterung, vgl. I, 1, 36; I, 2, 53-54; Clausewitz 1827: 497); und
- unter Einsatz unterschiedlicher gewaltsamer Mittel geführt werden (etwa mit konventionellen Armeen oder Bürgermilizen, vgl. IV; VI, 26, 534).¹⁰

Es gibt Kriege, die sich in allen vier Dimensionen voneinander unterscheiden. Was sie zu *Kriegen* macht ist die „Familienähnlichkeit“, die sich aus den verschiedenen Dimensionen (Akteur, Zweck, Ziel, Mittel) der politischen Gewalt ergibt (vgl. Daase 2007).¹¹

Wenn aber das Politische des Krieges vor allem in der Zweck-Ziel-Mittel-Relation liegt, dann stellt sich die Frage, ob jede auf Zwecke gerichtete Gewalt politisch ist. Um sie zu beantworten, muss Clausewitz' Begriff des Politischen näher betrachtet werden.

10 Die Trias Zweck-Ziel-Mittel lässt sich parallel zur zweiten, bekannteren Trias – der wunderlichen Dreifaltigkeit, I, 1, 46 – setzen, die Münkler (2008a: 29) treffend mit den Begriffen Rationalität, Kreativität und Brutalität umschreibt. Die Zwecksetzung und ihre Wirkung auf Ziel und Mittel entspricht dann politischer Rationalität, die Umsetzung strategischer Ziele der Sphäre der Kreativität militärischer Anführer, die gewaltsamen Mittel der Brutalität des Krieges. Die erste Trias betont dabei mehr als die zweite die Beziehungen zwischen den drei Dimensionen, bzw. wenn man den Akteurstyp hinzunimmt, vier Dimensionen.

11 In einem Diskussionsforum mit Herfried Münkler in der Zeitschrift „Erwägen-Wissen-Ethik“ warnt Klaus Schlichte (2008: 106) davor, den Kriegsbegriff so weit zu fassen wie wir es hier tun. Er plädiert stattdessen dafür, etwa Terrorismus klar von Krieg zu trennen – eine Position, die wir normativ teilen. In der analytischen Frage folgen wir hingegen eher Münkler (2008a: 29, 2008b: 132-133) und plädieren für einen integrativen Begriff des Krieges als politische Gewalt. Das „Gallertartige“ dieses weiten Kriegsbegriffs, das Münkler binären Codierungen wie Staatenkrieg/Bürgerkrieg oder gerechter Krieg/ungerechter Krieg und ihrer möglichen politischen Manipulation entgegenhält, halten wir dabei allerdings nicht für unumgänglich. Stattdessen glauben wir, dass mithilfe des Konzepts der Familienähnlichkeiten die Unterschiede *und* die Ähnlichkeiten zwischen verschiedenen Formen politischer Gewalt in ihren Dimensionen Akteurstyp-Zweck-Ziel-Mittel deutlich gemacht werden können, ohne essenzialistische, sich ausschließende Begriffe konstruieren zu müssen. Freilich besteht dabei auch die Möglichkeit, das Wort „Krieg“ nur für eine bestimmte Familie von Gewaltformen (z. B. die mit Akteurstyp Staat auf beiden Seiten des Konflikts) zu verwenden und „politische Gewalt“ als Oberbegriff zu etablieren.

3.3 Inhaltlicher versus formaler Politikbegriff

In der Forschung herrscht Einigkeit, dass Clausewitz vom Staat als dem Grundmodell politischer Organisation und als kriegführendem Akteur ausgeht. Was die Zwecke politischen Handelns angeht, so wird Clausewitz gemeinhin der „realistischen“ Tradition zugeordnet, die die Bedeutung von Macht- und Sicherheitsinteressen betont. Wir wollen dieser *inhaltlichen* Bestimmung des Clausewitz'schen Politikbegriffs anhand des Organisationstyps und seiner Funktion widersprechen und argumentieren, dass Clausewitz einen *formalen* Politikbegriff vertritt, der auf zweckrationales Handeln im Hinblick auf soziale Ordnungen abhebt und damit ein weitaus breiteres Spektrum als staatliches Machtgebaren erfassen kann.

Politisch ist demnach das Setzen allgemeiner Zwecke an sich, und politische Akteure sind solche, die sich – gewaltsam oder nicht – am Setzen politischer Zwecke beteiligen. Gewalt ist folglich dann politisch, wenn sie auf das Setzen allgemeiner Zwecke und damit auf die Veränderung oder Gestaltung einer sozialen Ordnung gerichtet ist. Das gilt selbstverständlich auch für asymmetrische Gewaltanwendung, z. B. wenn Akteure durch terroristische Gewalt ein politisches Regime stürzen wollen (wie etwa Al Qaida mit ihrem Plan eines religiös begründeten Kalifats auf der arabischen Halbinsel), der Einfluss ausländischer Mächte auf ein politisches System verringert werden soll (wie im Fall der Taliban in Afghanistan) oder die öffentliche Ordnung einer Region so umgestaltet wird, dass sie den ökonomischen Interessen der lokalen Kriegsherren dient (wie etwa im Falle der FARC in Kolumbien oder in einigen west- und zentralafrikanischen Konfliktregionen).

Gewaltanwendung verliert dann ihren politischen Charakter, wenn sie nicht länger auf die Gestaltung oder Veränderung einer öffentlichen Ordnung gerichtet ist, sondern nurmehr der Befriedigung privater Zwecke dient – wobei klar ist, dass eine genaue Grenze schwer zu ziehen ist. Schließlich hat sich die Unterscheidung von privater und öffentlicher Macht, krimineller und politischer Gewalt erst im historischen Prozess der Staatenbildung etabliert, wie Charles Tilly (1985) gezeigt hat; sie ist den Veränderungsprozessen politischer Praxis unterworfen. Wir werden auf diesen Punkt weiter unten noch zu sprechen kommen.

3.3.1 *Staatszentrierte und realistische Interpretationen*

Die präskriptiven (3.1.1) und instrumentellen (3.2.1) Deutungen der Clausewitz'schen Kriegstheorie sind sich (irrtümlicherweise) darin einig, dass der Sinn der Formel in einer klaren Unterordnung der Kriegführung unter die politische Führung besteht. Nur der normative oder faktische Geltungsanspruch unterscheidet beide Interpretationen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass auch bei der Deutung des Clausewitz'schen Politikbegriffs die Übereinstimmung groß ist. Politik, so argumentieren sie, ist für Clausewitz in einem doppelten Sinn *inhaltlich* bestimmt: zum einen durch eine bestimmte institutionelle Struktur, nämlich die staatliche, zum anderen durch bestimmte rationale Zwecke, nämlich solche, die auf Machterwerb und Sicherheit gerichtet sind.

Besonders Martin van Creveld betont, dass Clausewitz stets davon ausgegangen sei, dass Krieg zwischen zwei oder mehr *Staaten* geführt werde. „Nowhere in *On War* does

he consider the possibility that it might be waged by other kinds of political organizations“ (Creveld 1997: 9).¹² Diese Fixierung auf den neuzeitlichen Staat führe zudem zu einem rationalistischen, wenn nicht technokratischen Politikverständnis. In leicht polemischem Tonfall hält van Creveld fest, es sei Clausewitz' Überzeugung, dass „just because some people wield power, they act like calculating machines that are unswayed by passions“ (Creveld 1991: 157, vgl. auch 1997: 19-20). Dieser Vorstellung, dass die Clausewitz'sche Theorie auf der Idee beruhe, dass Staaten auf rationale Weise Krieg führen, stimmen unter anderem Jan Willem Honig (1997: 111), Mary Kaldor (2000: 37), John Keegan (1995: 21, 34, 50) und Gary Ulmen (2001: 175-176) zu. Deshalb teilen sie auch mit van Creveld die Schlussfolgerung, dass Clausewitz nur wenig zum Verständnis heutiger Kriegsformen beizutragen habe, denn erstens seien Staaten nicht mehr die alleinigen – und vermutlich nicht mehr die wichtigsten – Akteure des Kriegsgeschehens, und zweitens würden die Zwecke immer stärker von ökonomischen oder ideologischen – also nicht-politischen – Überlegungen bestimmt.

Differenziertere Interpretationen wie die von Strachan (2007: 6), Gray (2007: 25) und Münkler (2003a: 17-22, 25-26) wenden sich zwar gegen die Schlussfolgerung, teilen jedoch den Ausgangspunkt dieses Arguments. Die Konzentration auf den Staat als Akteur passt nämlich nicht nur instrumentellen, Clausewitz-kritischen Interpretationen gut ins Konzept. Auch präskriptive, Clausewitz-freundliche Deutungen setzen seinen Politikbegriff mit rationalem Staatshandeln gleich. Denn erst innerhalb eines Staates lassen sich politische und militärische Institutionen klar voneinander trennen; das Primat der Ersteren erhält erst auf diese Weise seinen Sinn, gleichviel ob es faktisch oder präskriptiv gedeutet wird.

Eingehend hat sich auch Peter Paret mit dem Clausewitz'schen Begriff des Politischen beschäftigt. Er kommt zu dem Schluss, dass Clausewitz als politischer Denker in die Reihe der Realisten einzuordnen sei, die wie Thukydides, Machiavelli, Hobbes, Hans Morgenthau oder Kenneth Waltz die Bedeutung von Macht und Sicherheit betonen. Würden die Staaten nicht ihren „nationalen Interessen“ folgen, die die Maximierung von Machtressourcen diktierten, würden sie aufgrund der Logik der internationalen Politik ihre Existenz aufs Spiel setzen wie ehemals die Melier gegenüber Athen oder Machiavellis Fürst gegenüber seinen Konkurrenten. Die effektivste Form politischer Organisation ist vor diesem Hintergrund der Staat, in dem klug handelnde Staatsmänner das Militär als ihr Instrument einsetzen. Paret hält fest, es sei Clausewitz' „belief that every state must above all see to its own security“ (Paret 1993: 170). Das Mittel zu diesem Zweck sei Machtmaximierung; „the state as a historical individual [...] must

12 Allerdings muss van Creveld die starke Behauptung, Clausewitz ziehe nirgends die Möglichkeit in Betracht, dass auch andere Organisationen Kriege führen könnten, gleich wieder einschränken: „Not that he was unaware that, even within Europe, such organizations had once existed [...]; on the contrary, in Book VIII, Chapter 2, Section B, he proceeds to list some of the more important among them“ (Creveld 1997: 9). Das hier zitierte Kapitel gibt es zwar gar nicht – das zweite Kapitel des VIII. Buchs ist nicht in zwei Sektionen A und B unterteilt. Was van Creveld wahrscheinlich meint, ist das dritte Kapitel B, in dem Clausewitz eine längere Untersuchung der europäischen Kriegsgeschichte seit dem Mittelalter unternimmt. Entscheidend bleibt die Konsequenz, die van Creveld zieht: Selbst wenn er nichtstaatliche Akteure in „Vom Kriege“ erwähne, „to him they were beyond the pale, so to speak“ (Creveld 1997: 9).

above all gather and maintain power“. Clausewitz betone, dass die Unabhängigkeit eines Staates vom Gleichgewicht der Mächte abhängt, welches zwar seine Aktionsfreiheit einschränke, ohne das aber viele Staaten gar nicht existieren würden. In einem Satz: „The essence of the state is power“ (Paret 1993: 175; vgl. auch 1980: 370, 1984: 9).

Ähnlich wie Paret schreiben auch Raymond Aron (1980: 656), Azar Gat (1989: 239-245), Beatrice Heuser (2002: 50), Hugh Smith (2005: 109) und Hew Strachan (2007: 163) Clausewitz ein realistisches, staatszentriertes Politikverständnis zu. Als Beleg sei hier nur Gats Zusammenfassung von Clausewitz' politischer Weltsicht angeführt: „Since his youth he had firmly believed – though he did not formulate this systematically – that the international arena was dominated by the behaviour of sovereign states guided by considerations of *raison d'état* in which power played the major role“ (Gat 1989: 244). Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass realistische Theoretiker häufig Clausewitz' Formel zur Illustration ihrer Theorien anführen (so z.B. Mearsheimer 2001).

3.3.2 *Der formale Begriff des Politischen*

Die inhaltliche Bestimmung des Politikbegriffs hat wichtige Konsequenzen für das Verständnis heutiger Kriege. Sie ist die Grundlage, auf der viele gegenwärtige Formen der Kriegführung als „unpolitisch“ beschrieben werden. Besonders im Zusammenhang mit Bürgerkriegen und asymmetrischen Konflikten wird von einer „Privatisierung“ von Sicherheit und Gewalt gesprochen (Lock 2005; Mandel 2001; Sanín/Jaramillo 2004; Abrahamsen/Williams 2007). Bürgerkriegsbanden und Guerillagruppen verfügen über keine formalen staatlichen Strukturen. In einigen Konflikten haben die Akteure „aus dem Krieg eine Form von Lebensunterhalt und Erwerbsleben gemacht“, führen ihn also primär aus ökonomischen Motiven (Münkler 2003a: 25, 2008a: 37; Keen 1998). Weil heutige Kriege nicht länger aus rationalen, politischen Zwecken geführt würden, sei die Clausewitz'sche Formel obsolet (Keegan 1995; Kaldor 2000). Auch terroristische Gewalt, so behauptet z.B. Gary Ulmen (2001), sei in hohem Maße irrational und könne mit den Clausewitz'schen Kategorien politischer Zweckrationalität nicht erfasst werden.

In der Debatte um Ökonomisierung und Privatisierung der Gewalt wird allerdings der Politikbegriff selten expliziert, der die Gegenüberstellung ökonomisch/politisch, privat/öffentlich, rational/irrational begründen könnte. Meist wird nur aus dem Zusammenhang klar, dass entweder eine Definition von Politik über den Organisationstypus Staat oder die Funktion politischen Machtgewinns zugrunde gelegt wird. Das aber ist problematisch. Denn die Definition von Politik über den Organisationstypus Staat hat zwar den Vorteil, eine klare Unterscheidung zwischen politischen und privaten Akteuren zu ermöglichen, hat aber den Nachteil, außerhalb der Epoche und Region ihrer Entstehung – also der europäischen Neuzeit – Politik nicht mehr identifizieren zu können (vgl. Schlichte 2008: 106). Ein ähnliches Problem entsteht, wenn man Politik über inhaltliche Zwecke wie z.B. Macht- und Sicherheitsstreben definiert. Akteure, auch Staaten, die primär wirtschaftliche oder religiöse Ziele verfolgen, sind in diesem Fall keine politischen Akteure mehr.

Natürlich spricht nichts prinzipiell dagegen, den Politikbegriff an staatliche Organisationsformen oder an inhaltliche Zwecke der Machtmaximierung zu knüpfen. Nur sollte man sich darüber im Klaren sein, dass damit normative Setzungen vorgenommen

werden, die vor allem dazu dienen, bestimmte Formen organisierter Gewalt zu delegitimieren. Ein Großteil der ökonomischen Literatur zu Bürgerkriegen, die im Rahmen der Weltbank entstand, hatte genau diesen Effekt: Bürgerkriegen die politische Legitimität abzusprechen, indem das Motiv politischer Empörung (*grievance*) gegen das der persönlichen Habgier (*greed*) ausgespielt wurde (Collier/Hoeffler 1998; Berdal/Malone 2000; Collier/Sambanis 2002). Der dabei verwendete Politikbegriff drückt allerdings nicht viel mehr als eine Präferenz für das westliche Staatenmodell aus, und die Aussage, die Kriege der FARC oder der Taliban seien nicht politische, sondern privatisierte Gewalt, besagt dann vor allem, dass wir sie normativ ablehnen.

Will man aber diese Gewalt nicht nur verurteilen, sondern verstehen, muss man anders vorgehen. Das Clausewitz'sche Denken kann dabei zumindest als Inspiration dienen. Denn im Gegensatz zu den meisten Clausewitz-Interpreten (z. B. Aron 1980; Gat 1989; Heuser 2002; Münkler 2003a, b; Paret 1976; Smith 2005; Strachan 2007; Creveld 1991; Honig 1997; Kaldor 2000; Keegan 1995; Ulmen 2001) sind wir der Meinung, dass ein staatzentriertes, „realistisches“ Verständnis die Rolle und den Gebrauch des Wortes „Politik“ in „Vom Kriege“ nicht adäquat beschreibt. Angesichts der Grundintention der Clausewitz'schen politischen Theorie des Krieges wäre ein derart inhaltlich begrenzter Politikbegriff auch unsinnig.

Kommen wir deshalb auf den zentralen Gedanken der Formel zurück, dass der Krieg einer politischen Logik unterworfen ist. Unbegrenzte und begrenzte Kriege, große und kleine Kriege, Völkerschlachten und Bauernaufstände unterliegen *nicht* einer ewigen Logik des Krieges – denn sonst könnte die Vielfalt des Krieges und sein Wandel in der Geschichte nicht schlüssig erklärt werden. Vielmehr haben „subjektive“ politische Akteure, die in einem Rahmen „objektiver“ politischer Verhältnisse agieren, entscheidenden Einfluss auf die Kriegführung. Es sind ihre politischen Zwecke, so Clausewitz, die die Kriege zu dem machen was sie jeweils sind.

Politik ist für Clausewitz gewissermaßen das Gegenteil von strukturellem Zwang. Politik ist der Raum, in dem Akteure Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten haben. Wenn man Entscheidungen darüber, wie ein Krieg zu führen ist, nur aufgrund von militärischen Notwendigkeiten treffen könnte, dann würde es sich um unpolitische, rein militärische Expertenentscheidungen handeln. Dann würde die Logik des Krieges solche Entscheidungen determinieren und alle Kriege zu absoluten Kriegen ums reine Überleben machen. Politik wäre dann die Fortsetzung des Krieges, eines Hobbes'schen Krieges aller gegen alle – wie er auch heute von einigen evoziert wird (Creveld 1997; Enzensberger 1993; Kaplan 2000). Aber diese Logik des Krieges gibt es nach Clausewitz nicht: „Daß der politische Gesichtspunkt mit dem Kriege ganz aufhören sollte, würde nur denkbar sein, wenn die Kriege aus bloßer Feindschaft Kämpfe auf Leben und Tod wären; wie sie sind, sind sie nichts als Äußerungen der Politik selbst, wie wir oben gezeigt haben“ (VIII, 6B, 685). Politik ist laut Clausewitz nicht die Fortsetzung des Krieges, wie Realisten argumentieren. Krieg ist die Fortsetzung der Politik.

Doch woher kommen die politischen Zwecke? Im Gegensatz zu rationalistischen und realistischen Deutungen der Clausewitz'schen Theorie sind die Zwecke, die Akteure sich setzen und auf die ihr Handeln zielt, inhaltlich nicht vorbestimmt: Politik sei „nichts an sich, sondern ein bloßer Sachwalter“ von Interessen, die sich innerhalb eines politischen Akteurs formen (VIII, 6B, 685; ähnlich Kleemaier 2008: 26; Herberg-Rothe/Ho-

nig 2007).¹³ Dabei betont Clausewitz, dass keinem Zweck eine Priorität zukomme, die ihn vor anderen als besonders rational oder besonders politisch auszeichnen würde (VIII, 3B, 662; Clausewitz 1827: 498; I, 2, 51).¹⁴ Das, was Politik in Clausewitz' berühmter „wunderlichen Dreifaltigkeit“ (vgl. I, 1, 46) zu etwas Rationalem macht, sind nicht *bestimmte* Zwecke. Es ist die Tatsache, dass überhaupt Zwecke durch eine Regierung gesetzt werden und auf Ziele und Mittel einwirken. Selbst „Feindschaft“ kann ein politischer Zweck sein (Clausewitz 1827: 498), zu dem der Krieg das „politisch[e] Werkzeug“ ist, das „*dem bloßen Verstande* anheimfällt“ (I, 1, 46, Hervorh. dort). Nach Clausewitz entstehen politische Zwecke also in bestimmten historischen Umständen und verändern sich im Lauf der historischen Ereignisse (vgl. VIII, 2, 652). Mit ihrem Wandel wandelt sich auch der Krieg: „Der Krieg und die Gestalt, welche man ihm gibt, [gehen] aus augenblicklich vorhergehenden Ideen, Gefühlen und Verhältnissen [hervor]“ (VIII, 2, 653).

Doch ein Einwand liegt nahe: Nicht jede auf Zwecke gerichtete Gewalt ist politisch. Ohne eine minimale inhaltliche Bestimmung des Politischen scheint man nicht auszukommen. Wenn jemand eine Bank überfällt, um sich mit der Beute ein schönes Leben zu machen, dann wendet er keine politische Gewalt an. Etwas anderes ist es, wenn jemand, der im Untergrund gegen einen Staat kämpft, eine Bank ausraubt, um seinen Unterhalt zu finanzieren und den Kampf aufrechtzuerhalten – wie einst die Rote Armee Fraktion. Es kann, wie wir oben gesagt haben, gute normative Gründe geben, den politischen Anspruch dieser Gewalt zurückzuweisen und sie als rein kriminelle Gewalt zu verfolgen. Um sie jedoch wissenschaftlich zu verstehen, ist es wichtig, sie von der „normalen“ Kriminalität, die auf persönliche Bereicherung zielt, zu unterscheiden. Plausiblerweise sind nur solche Zwecke politisch zu nennen, die auf die Veränderung oder Gestaltung des sozialen Lebens zielen. Damit sind insbesondere die Institutionen gemeint, die die öffentliche Ordnung einer größeren Gruppe von Menschen regeln. Um welche Art von öffentlicher Ordnung es Akteuren geht, muss inhaltlich aber nicht weiter eingeschränkt werden; es kann um den Erhalt oder die Verbreitung von repräsentativen Demokratien gehen oder die Errichtung eines Gottesstaates, um den Sturz einer Diktatur oder die Errichtung einer Ordnung, die einer Gruppe dauerhafte Einnahmen sichert. Man kann also präziser formulieren: Gewalt ist dann politisch, wenn sie angewandt wird, um „etwas“ zu erreichen, das die dauerhafte Veränderung oder Gestaltung des sozialen Lebens zur Folge hat. Dies ist der Kern des Clausewitz'schen eher forma-

13 Auch Herberg-Rothe und Honig argumentieren neuerdings für eine weite Interpretation des Clausewitz'schen Politikbegriffs: „Clausewitz used a very wide concept of the state and the related concept of the political, which implies that the latter could embody any purpose and value assigned to it by a warring community“ (Herberg-Rothe/Honig 2007: 135). Allerdings führt dies in den Augen Herberg-Rothes und Honigs zur Umkehrbarkeit der Formel: Krieg sei genauso die Fortsetzung der Politik wie Politik die Fortsetzung des Krieges. Das spezifische Charakteristikum des Clausewitz'schen Politikbegriffs, die Logik der Wahl im Unterschied zur Logik struktureller Determination, geht so verloren.

14 D. h. es gibt keine *allgemein gültige* Präferenz. Dennoch lassen sich Zwecke und Handlungsweisen in *konkreten* Fällen normativ kritisieren, wie Clausewitz es z. B. bei manchen Entscheidungen Napoleons tut.

len als inhaltlichen politischen Kriegsbegriffs, wie er in der Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln angedeutet ist.

4. Schlussbetrachtung

Wir haben in diesem Aufsatz versucht, drei Missverständnisse in der Clausewitz-Rezeption aufzudecken und zu korrigieren. Erstens haben wir gezeigt, dass die Clausewitz'sche Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln meist normativ interpretiert wird, ihr aber eigentlich eine faktische Bedeutung zukommt. Zweitens haben wir nachgewiesen, dass das Verhältnis von Politik und Krieg in der Clausewitz'schen Theorie ganz überwiegend als Unterordnung des Militärs unter die Politik verstanden wird, dass es aber nach Clausewitz die Logik der Politik an sich ist, die den Krieg beherrscht. Drittens haben wir gezeigt, dass Clausewitz kein realistisches, staatszentriertes Verständnis von Politik vertritt, wie meist angenommen wird, sondern ein eher formales Politikverständnis hat, das allenfalls minimal durch den abstrakten Gestaltungswillen sozialer Akteure inhaltlich bestimmt ist. Damit zeigt sich, dass Clausewitz seine frühen Überlegungen zum kleinen Krieg in seinem Hauptwerk „Vom Kriege“ nicht etwa vergessen, sondern zum integralen Bestandteil eines integrativen Verständnisses vom Krieg gemacht hat.

Wie hilft nun dieser Kriegsbegriff beim Verständnis heutiger Formen politischer Gewalt, insbesondere von Guerillakrieg und Terrorismus? Zunächst macht er deutlich, dass der Rede von Ökonomisierung oder Privatisierung der Gewalt in derartigen Konflikten mit großer Vorsicht zu begegnen ist. Wenn die FARC, Al-Qaida oder private Sicherheits- und Militärunternehmen als private nicht-staatliche Akteure bezeichnet werden, muss das noch nicht heißen, dass sie keine politischen Zwecke verfolgen und deshalb keine politischen Akteure sind. Im Gegenteil ist die asymmetrische Strategie nicht-staatlicher Akteure oft in einem spezifischen Sinn politisch, da sie diesen Akteuren eine Möglichkeit zur Veränderung der sozialen Ordnung offenhält, die in symmetrischen Konflikten verschlossen bliebe, weil dort der stärkere Akteur eine Eskalation und Konzentration des Kampfs erzwingen kann – er ist in Besitz der „Eskalationsdominanz“. Asymmetrische Strategie beruht demnach auf der Möglichkeit, dem direkten Kampf mit dem Gegner auszuweichen und ihn doch militärisch und politisch zu schwächen. Hätten sich die spanischen Guerilleros dem direkten Kampf mit Napoleons Truppen gestellt, oder würden die Taliban gegen das amerikanische Militär zur offenen Feldschlacht antreten, hätten sie keine Chance (vgl. I, 2, 49). Ihren Zweck, die Befreiung Spaniens oder die Errichtung eines theokratischen Regimes in Afghanistan, könnten sie nicht erreichen, wenn eine Logik des Krieges sie zur Eskalation und Konzentration ihrer Kräfte zwingen würde. Ihre defensive Strategie, d.h. die Zerstreung der Kräfte und ihre Nutzung zu punktuellen taktischen – mitunter terroristischen – Angriffen, ermöglicht ihr Überleben, d.h. das Überleben ihres politischen Zwecks, auch unter Umständen, in denen ihre Gegner militärisch ungleich stärker sind.

Eine asymmetrische Strategie ist auch deshalb in einem spezifischen Sinn politisch, weil die Veränderung sozialer Ordnung, die sie zur Folge hat, radikaler ist als die Wirkung symmetrischer Strategie. Carl Schmitt hat dies in seiner von Clausewitz inspirier-

ten Theorie des Partisanen erkannt. Während in zwischenstaatlichen, gehegten Kriegen die „Gesamtstruktur des politischen Vorgangs“ erhalten bleibt, stellt der Partisanenkampf sie infrage; seine Irregularität muss sich auf längere Sicht „am Regulären legitimieren“, entweder durch „Anerkennung durch ein bestehendes Reguläres, oder die Durchsetzung einer neuen Regularität“ (Schmitt 1963: 35-36, 78). Guerillakämpfer als politische Akteure unterscheiden sich von anderen Akteuren in ihrer Haltung zur herrschenden „Regularität“, zur herrschenden sozialen Ordnung. Sie sind nicht regulärer Teil dieser Ordnung wie zwei gleichberechtigte Gegner in einem zwischenstaatlichen Krieg, sondern stehen außerhalb dieser Ordnung. Ihr Kampf hat deshalb nicht eine Veränderung innerhalb einer sozialen Ordnung zur Folge, sondern eine Veränderung der Grundstruktur sozialer Ordnung an sich (vgl. Daase 1999).

Clausewitz ist sich nicht nur in seinen frühen Schriften, sondern auch in seinem Hauptwerk „Vom Kriege“ der Unterschiedlichkeit politischer Akteure bewusst. Je nach historischen Umständen bestehen verschiedene Verhältnisse zwischen Akteurstyp, Zweck, Strategie und Taktik. Clausewitz zeigt im dritten Kapitel B des VIII. Buches, wie tartarische Stämme, Lehnsherrn und Stadtstaaten des Mittelalters, absolutistische Herrscher und entstehende Nationalstaaten „den Krieg auf ihre Weise [...], ihn anders, mit anderen Mitteln und nach einem anderen Ziel [führen]“ (VIII, 3B, 660, vgl. 661-669).¹⁵ Zum Verständnis kleiner, asymmetrischer Kriege sind dabei besonders zwei Elemente der Clausewitz'schen Theorie wichtig, die sich beide aus dem Denken der Politik in Opposition zur strukturellen Logik des Krieges und dem Denken des Krieges als Fortsetzung der Politik ergeben: (1) die „Schwerpunkte“ von Kriegsparteien, wie sie in „Vom Kriege“ eingeführt werden; (2) die Verteidigung als stärkere Form der Kriegführung, die ebenfalls in „Vom Kriege“ diskutiert wird, aber bereits in den frühen Schriften enthalten ist.

Der Begriff des „Schwerpunkts“ spielt eine wichtige Rolle in Clausewitz' strategischer Theorie. Schwerpunkte sind die Punkte, an denen kriegführende Akteure am verwundbarsten sind. Ist der Schwerpunkt „getroffen“, dann ist der Krieg verloren; der Wille des Akteurs reicht nicht mehr aus, ihn fortzuführen (VIII, 4, 672). Wie Joseph Strange und Richard Iron (2004) mit Blick auf den Irakkrieg festhalten, liegen die Schwerpunkte deshalb nicht unbedingt dort, wo die stärksten materiellen Kräfte eines Akteurs konzentriert sind. Stattdessen hängt die Lokalisation des Schwerpunkts von der Psychologie und Identität des jeweiligen Akteurs ab. Der Schwerpunkt ist dort zu finden, wo der Wille zu kämpfen, d. h. der politische Zweck der Gewaltanwendung, verankert ist. Clausewitz zeigt, dass absolutistische Staaten andere Schwerpunkte haben

15 Die Kriege im Gefolge der französischen Revolution z. B. sind nicht nur deshalb unbegrenzt geführt worden als die Kriege zuvor, weil die Akteure ihre Gegner als existenzielle Feinde ansahen (vgl. VIII, 3B, 669). Eng damit in Zusammenhang steht darüber hinaus die Anteilnahme breiter Bevölkerungsschichten an der nationalen Politik, die zu einer größeren Kohäsion führte und entsprechend den Krieg weiter entgrenzte (VIII, 3B, 667-669; ähnlich bereits Clausewitz 1812: 749). Umgekehrt verändern Kriege die Akteure, die sie führen (I, 1, 44; I, 2, 50). Die Radikalisierung der französischen Revolution kann auch mit der existenziellen Bedrohungslage erklärt werden, die der Krieg erzeugte (Hockerts 2007). Genauso ist die rasante Entwicklung nationaler Ideen in Deutschland ohne die „Befreiungskriege“ kaum verständlich (Nipperdey 1983).

können als „Staaten, die durch innere Parteigungen zerrissen sind“ und wiederum andere als „föderative“ Staaten, „kleine“ Staaten oder „Bündnisse“ (VIII, 4, 672; VIII, 9, 726). Der Schwerpunkt von Akteuren, die einen kleinen Krieg oder einen Volksaufstand führen, sieht Clausewitz vor allem in zwei Punkten: „in der Person der Hauptführer und in der öffentlichen Meinung“ (VIII, 4, 672). Letzteres, die Rolle der öffentlichen Meinung, wird von Mao Tse-Tung bestätigt, wenn er davon spricht, Guerilleros müssten sich in der Bevölkerung bewegen wie „Fische im Wasser“. Ersteres liegt in der besonderen Organisationsform von Akteuren kleiner Kriege begründet. Ihre Organisationsstruktur kann keine formalisierte und zentralisierte bürokratische Infrastruktur sein, weil diese ihrer entziehenden Strategie und ihren radikalen Zwecken nicht angemessen ist. Eine feste Infrastruktur kann von einem militärisch potenten Gegner leicht zerstört werden. Terrorgruppen und Guerillagruppierungen ähneln von daher eher dezentralen Netzwerken (vgl. Mayntz 2004; Knorr-Cetina 2005). Ihre Einheit und damit ihre soziale Kohäsion als politischer Akteur gewinnen sie nicht durch formalisierte Strukturen, sondern durch die Mobilisierungskraft ihres Zwecks und durch ihre politischen Führer. Ohne charismatische Anführer und ohne Rückhalt in Teilen der Bevölkerung zerfallen Netzwerke wie Al-Qaida leicht. Die politische Führung eines etablierten Staates ist im Vergleich leichter zu ersetzen, da die bürokratischen oder traditionellen Strukturen seine Kontinuität und die dauerhafte Legitimität seiner Zwecke gewährleisten. Staaten und nicht-staatliche Akteure haben also ganz unterschiedliche „Schwerpunkte“, die es im Krieg zu bedenken gilt.

Das zweite Element zur Erfassung heutiger Kriegsformen ist die zunächst kontraintuitiv erscheinende Erkenntnis, die Defensive sei die stärkere Form des Krieges. In seiner Bekenntnisdenschrift empfahl Clausewitz dem preußischen Staat, gegen das Napoleonische Frankreich einen Krieg zu beginnen, der politisch wie strategisch defensiv geführt werden sollte – politisch defensiv, weil er die Erhaltung Preußens und keine Expansion zum Zweck haben sollte, und strategisch defensiv, weil Preußen diesen Zweck in seinen Augen nur erreichen konnte, wenn es eine direkte Schlacht mit den französischen Truppen vermeiden würde und sich dem Kampf entzog. Clausewitz räumt ein, dass dabei zeitweise der Staatscharakter Preußens infrage gestellt würde: die großen Städte würden aufgegeben und die Armee würde weitgehend dezentralisiert; vor allem aber würden im Rahmen der Volksbewaffnung Freiwilligenbataillone mit autonom agierenden Hauptleuten errichtet, die sich in den Wäldern verstecken, um von dort aus Attacken auf die französischen Nachschubwege zu unternehmen. Wann immer die französische Armee sich in einem Gebiet konzentrieren würde, um diese Attacken zu unterbinden, sollten die Freiwilligen weiterziehen und ihre Angriffe andernorts fortführen.

Diese Beschreibung eines gleichsam selbstständig gewordenen kleinen Krieges, die das Überleben Preußens als politischer Akteur angesichts eines übermächtigen Gegners sichern sollte, ist in „Vom Kriege“ nicht nur im Kapitel zur „Volksbewaffnung“ wieder aufgenommen; sie bildet auch die Basis für die bekannte These, die Verteidigung sei die stärkere Form der Kriegführung (vgl. Sumida 2008 zur Bedeutung dieses Gedankens). Verteidigung kann nur dann eine starke Strategie sein, wenn die Möglichkeit besteht, „abzuwarten“ und sich zurückzuziehen (VI, 1). Das heißt, Verteidigung wird dann zu einer immer stärkeren Strategie, wenn die Bereitschaft steigt, sich dem Kampf zu ent-

ziehen. Am stärksten ist sie dann, wenn tendenziell gar nichts mehr (kein Territorium, keine Industrie, keine Zivilbevölkerung) verteidigt werden muss, wie bei Guerilla- oder Terror-Netzwerken – wenn nur der gemeinsame Zweck verteidigungswert bleibt und den Akteur eint. Je größer der Glaube an die Legitimität dieses Zwecks, desto geringer ist, wie oben bei der Diskussion der Schwerpunkte ausgeführt, die Notwendigkeit formalisierter Organisationsstrukturen. Dass Terrorgruppen trotz der Aussichtslosigkeit des direkten militärischen Kampfes einen asymmetrischen Krieg führen, ist nur aufgrund des starken Glaubens ihrer Anhänger an die Legitimität ihres politischen Zwecks verständlich. Ihr Krieg ist nur verständlich, wenn man ihn als Fortsetzung ihrer Politik mit anderen Mitteln begreift.

Aber wie kann eine defensive Strategie erfolgreich sein? Wie können Guerilleros und Terrorgruppen einen Krieg gewinnen, wenn ein Sieg in der direkten militärischen Auseinandersetzung aussichtslos ist? Die Clausewitz'sche Unterscheidung von strategischen Zielen und politischen Zwecken ist hier entscheidend, denn sie ermöglicht es zu verstehen, wie ein militärischer Sieg zu einer politischen Niederlage oder eine militärische Niederlage zu einem politischen Sieg führen kann. Militärischer Sieg (das heißt die Erreichung der strategischen Ziele) und politischer Erfolg (das heißt die Erreichung der politischen Zwecke) sind nämlich zwei unabhängige Aspekte des Krieges. Ein Krieg kann auch dann politisch erfolgreich sein, wenn er militärisch gescheitert ist oder – sofern er nur defensiv geführt wurde – militärisch „nicht siegreich“ ist. Genau das ist das Kalkül von Guerillakrieg und Terrorismus: einen taktisch offensiven, aber strategisch defensiven Krieg zu führen und ihn politisch zu gewinnen.¹⁶

Clausewitz' Hinweis auf die öffentliche Meinung als ein möglicher „Schwerpunkt“ (VIII, 4, 672) ist instruktiv. Guerillagruppen, die für die Unabhängigkeit einer Region oder eines Landes kämpfen, gewinnen nicht militärisch, indem sie die Besatzungstruppen zum Abzug zwingen. Sie gewinnen *politisch*, indem sie die öffentliche Meinung auf

16 Wir teilen die Auffassung Herfried Münklers (2008a), dass Terrorismus und Guerillakrieg nicht ein und dasselbe sind; beides sind verschiedene Formen politischer Gewalt, die über Familienähnlichkeiten verbunden sind (siehe oben, am Ende des Kapitels 3.2.2). Im Gegensatz zu Münkler sehen wir den Unterschied aber nicht darin, dass Terrorismus prinzipiell strategisch offensiv ist, und Guerillakrieg prinzipiell politisch defensiv (Münkler 2008a: 3637). Die Familienähnlichkeit zwischen Guerillakrieg und Terrorismus liegt hingegen genau in der Ähnlichkeit der Strategie: Terroristische Netzwerke wie Guerillakämpfer verwenden eine *radikal defensive Strategie* wie Clausewitz sie definiert hat; sie weichen dem Kampf aus, sie entziehen sich der direkten Auseinandersetzung (VI, 1). Der politische Zweck von Guerillakrieg wie Terrorismus kann offensiv oder defensiv sein, die defensive Strategie gibt das nicht vor (ähnlich Kleemaier 2008: 86); es kann um das Bewahren einer politischen Ordnung gehen, wie z.B. bei Terroranschlägen oder Guerillaaktivitäten gegen eine Besatzungsmacht, aber es kann auch um die Veränderung einer politischen Ordnung gehen, wie in Kolonialkriegen oder beim terroristischen Kampf, z. B. der RAF. Der Unterschied zwischen Guerillakrieg und Terrorismus liegt also *nicht* in einer spezifischen Strategie oder einer spezifischen politischen Ausrichtung, wie Münkler (2008a) glaubt. Im Gegenteil liegt er einerseits in den spezifischen taktischen Mitteln von Terroristen und Guerillakämpfern (Terroranschläge auf die Zivilbevölkerung vs. Schwächung einer Armee durch Angriffe aus dem Hinterhalt), andererseits in einer unterschiedlich starken Ausprägung des Netzwerkcharakters, der bei terroristischen Akteuren tendenziell größer ist.

ihre Seite ziehen – beispielsweise, indem die Bevölkerung der „Besatzungsmacht“ (oder des „Mutterlandes“) des langen und verlustreichen Krieges überdrüssig wird (vgl. Münkler 2008a: 35). Oder indem die eigene Bevölkerung, die Bewohner der abtrünnigen Region, Partei für den Unabhängigkeitskampf ergreifen. Diese Einwirkung auf die öffentliche Meinung kann nur dann gelingen, wenn der Gegner – hier die Besatzungsmacht – das Spiel mitspielt. David Fromkin (1975) hat am Beispiel des Algerienkrieges gezeigt, wie gerade die brutale Reaktion Frankreichs auf die terroristischen Anschläge und Guerilla-Attacken der algerischen *Front de Libération Nationale* (FLN) den Zwecken der Unabhängigkeitsbewegung diene, indem sie einerseits die Unterstützung für den Krieg im französischen Mutterland verringerte, und andererseits die Entstehung einer algerischen nationalen Identität beförderte. Die verteidigende Strategie, das Vermeiden des direkten, symmetrischen Kampfes, dient nicht dem militärischen Sieg. Sie dient dem Überleben des politischen Zwecks des militärisch schwächeren Akteurs und erlaubt es bei einer entsprechenden Reaktion des stärkeren Gegners, einen Krieg politisch zu gewinnen, obwohl er militärisch schon verloren schien (Daase 1999; Daase 2008).

Clausewitz bietet einen Kriegsbegriff, der gleichzeitig die Einheit und die Vielfalt politischer Gewalt zu erfassen in der Lage ist. Damit ermöglicht er auch, den Wandel politischer Gewalt in den Griff zu bekommen und Erklärungen für den Erfolg und Misserfolg militärischer und politischer Strategien zu entwickeln. Die genaue Lektüre seiner Werke, auch der frühen, ist deshalb heute notwendiger denn je. Die Clausewitz'sche Theorie des Krieges kann nach wie vor ungebrochene Aktualität beanspruchen.

5. Literatur

- Abrahamsen, Rita und Michael C. Williams. 2007. Introduction: The Privatisation and Globalisation of Security in Africa. *International Relations* 21: 131-141.
- Angstrom, Jan. 2003. Introduction: Debating the Nature of Modern War. In: Jan Angstrom und Isabelle Duyvesteyn (Hrsg.), *The Nature of Modern War: Clausewitz and His Critics Revisited*. Stockholm: Swedish National Defence College, 1-20.
- Aron, Raymond. 1980. *Clausewitz. Den Krieg denken*. Frankfurt a. M.: Propyläen.
- Barth, Boris. 2008. Krieg. *Erwägen-Wissen-Ethik* 19: 49-50.
- Bassford, Christopher. 2007. The Primacy of Policy and the „Trinity“ in Clausewitz's Mature Thought. In: Hew Strachan und Andreas Herberg-Rothe (Hrsg.), *Clausewitz in the Twenty-First Century*. Oxford: Oxford University Press, 74-90.
- Berdal, Mats und David Malone (Hrsg.). 2000. *Greed and Grievances. Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder: Lynne Rienner.
- Brodie, Bernard. 1984a. The Continuing Relevance of On War. In: Carl von Clausewitz, *On War* (herausgegeben und übersetzt von Michael Howardt und Peter Paret). Princeton: Princeton University Press, 45-58.
- Brodie, Bernard. 1984b. A Commentary: A Guide to the Reading of On War. In: Clausewitz, Carl von, *On War* (herausgegeben und übersetzt von Michael Howardt und Peter Paret). Princeton: Princeton University Press, 641-711.
- Clausewitz, Carl von. 1810/11. Meine Vorlesungen über den kleinen Krieg, gehalten auf der Kriegs-Schule 1810 und 1811. In: Werner Hahlweg (Hrsg.) 1966, *Carl von Clausewitz. Schriften, Aufsätze, Studien, Briefe*. Band 1. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 208-599.

- Clausewitz, Carl von. 1812. Bekenntnisdenschrift. In: Werner Hahlweg (Hrsg.) 1966, *Carl von Clausewitz. Schriften, Aufsätze, Studien, Briefe*. Band 1. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 678-751.
- Clausewitz, Carl von. 1979a: Strategie aus dem Jahr 1804, in: Carl von Clausewitz, *Verstreute kleine Schriften* (zusammengestellt, bearbeitet und eingeleitet von Werner Hahlweg). Osnabrück: Biblio, 3-45.
- Clausewitz, Carl von. 1979b. Gedanken zur Abwehr (Briefe vom 22. und 24.12.1827), in: Clausewitz, Carl von, *Verstreute kleine Schriften* (zusammengestellt, bearbeitet und eingeleitet von Werner Hahlweg). Osnabrück: Biblio, 495-530.
- Clausewitz, Carl von. 2003. *Vom Kriege*. Berlin: Ullstein.
- Coady, C. A. J. 1985. The Morality of Terrorism. *Philosophy* 60: 47-69.
- Collier, Paul und Anke Hoeffler. 1998. On the Economic Causes of Civil War. *Oxford Economic Papers* 50: 563-573.
- Collier, Paul und Nicholas Sambanis. 2002. Understanding Civil War: A New Agenda. *Journal of Conflict Resolution* 46: 3-12.
- Corn, Tony. 2006. *Clausewitz in Wonderland*. <http://www.policyreview.org/000/corn2.html>. 15.3.2007.
- Creveld, Martin van. 1991. *The Transformation of War*. New York: Free Press.
- Creveld, Martin van. 1997. What is wrong with Clausewitz? In: Gert de Nooy (Hrsg.), *The Clausewitzian Dictum and the Future of Western Military Strategy*. Den Haag: Kluwer, 7-23.
- Daase, Christopher 1999: *Kleine Kriege – große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert*. Baden-Baden: Nomos.
- Daase, Christopher 2007: Clausewitz and Small Wars, in: Hew Strachan und Andreas Herberg-Rothe (Hrsg.), *Clausewitz in the 21st Century*. Oxford: Oxford University Press, 182-195.
- Daase, Christopher 2008: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Revolutionen und Konterrevolutionen in Military Affairs. In: Niklas Schörnig und Jan Helmig (Hrsg.), *Die Transformation der Streitkräfte im 21. Jahrhundert*. Frankfurt a.M.: Campus, 246-269.
- Enzensberger, Hans Magnus. 1993. *Aussichten auf den Bürgerkrieg*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Etzersdorfer, Irene. 2008. Wer keinen Begriff des Krieges hat, kann keine Friedensordnung errichten. *Erwägen-Wissen-Ethik* 19: 59-61.
- Fleming, Bruce. 2004. Can Reading Clausewitz Save Us from Future Mistakes? *Parameters* 34: 62-76.
- Fromkin, David. 1975. The Strategy of Terrorism. *Foreign Affairs* 53: 683-698.
- Fuller, John F. C. 1964. *Die entartete Kunst, Krieg zu führen. 1789-1914*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Gantzel, Klaus-Jürgen. 2006. Der unerhörte Clausewitz. Eine notwendige Polemik wider die gefährliche Tendenz zur Mystifizierung des Krieges. In: Astrid Sahn, Manfred Sapper und Volker Weichsel (Hrsg.), *Die Zukunft des Friedens. Band 1: Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 25-50.
- Gat, Azar. 1989. *The Origins of Military Thought: From the Enlightenment to Clausewitz*. Oxford: Oxford University Press.
- Gray, Colin S. 2007. *War, Peace and International Relations: An Introduction to Strategic History*. New York: Routledge.
- Hahlweg, Werner. 1986. Clausewitz and Guerrilla Warfare. In: Michael I. Handel (Hrsg.), *Clausewitz and Modern Strategy*. London: Frank Cass Publishers, 127-133.
- Harris, Lee. 2002. *Al Qaeda's Fantasy Ideology: War without Clausewitz*. <http://www.hoover.org/publications/policyreview/3459646.html>. 12.9.2007.
- Herberg-Rothe, Andreas. 2001. *Das Rätsel Clausewitz. Politische Theorie des Krieges im Widerstreit*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Herberg-Rothe, Andreas und Jan Willem Honig. 2007. War without End(s): The End of Clausewitz? *Distinktion* 15: 133-150.

- Heuser, Beatrice. 2002. *Reading Clausewitz*. London: Pimlico.
- Heuser, Beatrice. 2005. Clausewitz und der „Kleine Krieg“. in: *Clausewitz Informationen* 1, 35-65.
- Hockerts, Hans Günter. 2007. *Haupt- und Wendepunkte der Geschichte Frankreichs 1789-1945*. Vorlesung an der Ludwig-Maximilians-Universität im Sommersemester 2007.
- Holsti, Kalevi J. 1996. *The State, War, and the State of War*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Honig, Jan Willem. 1997. Strategy in a Post-Clausewitzian Setting. In: Gert de Nooy (Hrsg.), *The Clausewitzian Dictum and the Future of Western Military Strategy*. Den Haag: Kluwer, 109-121.
- Kaldor, Mary. 2000. *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kaplan, Robert. 2000. *The Coming Anarchy: Shattering the Dreams of the Post Cold War*. New York: Random House.
- Keegan, John. 1976. *The Face of Battle*. London: Jonathan Cape.
- Keegan, John. 1995. *Die Kultur des Krieges*. Berlin: Rowohlt.
- Keen, David. 1998. The Economic Function of Violence in Civil Wars. *Adelphi Paper* 320. New York.
- Kessel, Eberhard. 1987. Zur Genesis der modernen Kriegslehre. Die Entstehungsgeschichte von Clausewitz' Buch vom Kriege. In: Eberhard Kessel, und Johannes Kunisch (Hrsg.), *Militär-geschichte und Kriegstheorie in neuerer Zeit. Ausgewählte Aufsätze*. Berlin: Duncker & Humblot, 122-147.
- Kinross, Stuart. 2004. Clausewitz and Low-Intensity Conflict. *Journal of Strategic Studies* 27: 35-58.
- Kissinger, Henry A. 1969. The Vietnam Negotiations. *Foreign Affairs* 47: 211-234.
- Klemaier, Ulrike. 2008. Zur Definition des Krieges und einige Bemerkungen zum Partisanenkrieg. *Erwägen-Wissen-Ethik* 19: 85-86.
- Knorr-Cetina, Karin. 2005. Complex Global Microstructures. The New Terrorist Societies. *Theory, Culture and Society* 22: 213-234.
- Liddell Hart, Basil H. 1991. *Strategy*. New York: Plume.
- Lock, Peter. 2003. *Vom Umgang der Friedensforschung mit bewaffneter Gewalt im 21. Jahrhundert*. <http://www.peter-lock.de/txt/ruf.html>. 15.3.2007.
- Lock, Peter. 2005. Ökonomie der neuen Kriege. In: Siegfried Frech und Peter I. Trummer (Hrsg.), *Neue Kriege. Akteure, Gewaltmärkte, Ökonomie*. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Luttwak, Edward N. 1995. Toward Post-Heroic Warfare. *Foreign Affairs* 74: 109-122.
- Mandel, Robert. 2001. The Privatization of Security. *Armed Forces & Society* 28: 129-151.
- Mayntz, Renate. 2004. Organizational Forms of Terrorism: Hierarchy, Network, or a Type sui generis? *Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Discussion Paper* 04: 1-20.
- Mearsheimer, John J. 2001. *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: W. W. Norton & Company.
- Metz, Steven. 1995. A Wake for Clausewitz: Toward a Philosophy of 21st-Century Warfare. *Parameters* 24: 126-132.
- Moran, Daniel. 2007. The Instrument: Clausewitz on Aims and Objectives in War. In: Hew Strachan und Andreas Herberg-Rothe (Hrsg.), *Clausewitz in the Twenty-First Century*, Oxford: Oxford University Press, 91-106.
- Münkler, Herfried. 2003a. *Clausewitz' Theorie des Krieges*. Würzburger Vorträge zur Rechtsphilosophie, Rechtstheorie und Rechtssoziologie 30. Baden-Baden: Nomos.
- Münkler, Herfried. 2003b. *Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion*. Göttingen: Velbrück.
- Münkler, Herfried. 2008a. Krieg. *Erwägen-Wissen-Ethik* 19: 27-43.

- Münkler, Herfried. 2008b. Wie lässt sich eine Theorie des Krieges entwickeln und eine Geschichte des Krieges schreiben? Einige Anmerkungen zu den Vorschlägen und Hinweisen. *Erwägen-Wissen-Ethik* 19: 126-140.
- Nipperdey, Thomas. 1983. *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*. München: C. H. Beck.
- Paret, Peter. 1976. *Clausewitz and the State*. Oxford: Oxford University Press.
- Paret, Peter. 1980. Clausewitz' Politische Schriften. In: Günter Dill (Hrsg.), *Clausewitz in Perspektive. Materialien zu Carl von Clausewitz: Vom Kriege*. Frankfurt a.M.: Ullstein, 380-406.
- Paret, Peter. 1984. The Genesis of *On War*, in: Carl von Clausewitz, *On War* (herausgegeben und übersetzt von Michael Howard und Peter Paret), Princeton: Princeton University Press. 3-25.
- Paret, Peter. 1993. *Understanding War: Essays on Clausewitz and the History of Military Power*. Princeton: Princeton University Press.
- Rink, Martin. 2006. Der kleine Krieg. Entwicklungen und Trends asymmetrischer Gewalt 1740 bis 1815. *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 65: 355-388.
- Rothfels, Hans. 1980. *Carl von Clausewitz. Politik und Krieg. Eine ideengeschichtliche Studie*. Bonn: Dümmler.
- Sanín, Francisco Gutiérrez und Ana María Jaramillo. 2004. Crime, (Counter-)Insurgency and the Privatization of Security – the Case of Medellín, Colombia. *Environment and Urbanization* 16: 17-30.
- Schindler, Sebastian 2007: *Clausewitz' politische Theorie des Krieges. Drei Mythen der Clausewitz-Rezeption und ihre Korrektur*: Magisterarbeit, unveröffentlichtes Manuskript.
- Schlichte, Klaus. 2008. Ohne Theorie der Gesellschaft keine Theorie des Krieges. *Erwägen-Wissen-Ethik* 19: 106-107.
- Schmidt, Helmut. 2007. Das Ethos des Politikers. <http://www.alumni.uni-tuebingen.de/download/h52-weltethosrede2007.pdf>. 10.6.2007.
- Schmitt, Carl. 1963. *Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl. 1980. Clausewitz als politischer Denker. Bemerkungen und Hinweise. In: Günter Dill (Hrsg.), *Clausewitz in Perspektive. Materialien zu Carl von Clausewitz: Vom Kriege*. Frankfurt a.M.: Ullstein, 419-446.
- Schubert, Klaus von. 1992. *Von der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit*. Ausgewählte Aufsätze herausgegeben von Friedhelm Solms. Baden-Baden: Nomos.
- Senghaas, Dieter. 1980. Rückblick auf Clausewitz. In: Günter Dill (Hrsg.), *Clausewitz in Perspektive. Materialien zu Carl von Clausewitz: Vom Kriege*. Frankfurt a.M.: Ullstein, 334-353.
- Smith, Dan. 1994. Just War, Clausewitz and Sarajevo. *Journal of Peace Research* 31: 136-142.
- Smith, Hugh. 2005. *On Clausewitz: A Study of Military and Political Ideas*. New York: Palgrave Macmillan.
- Snow, Donald M. 1997. *Distant Thunder: Patterns of Conflict in the Developing World*. London: M. E. Sharpe.
- Strachan, Hew. 2007. *Clausewitz's On War: A Biography*. New York: Atlantic Books.
- Strange, Joseph L. und Richard Iron. 2004. Center of Gravity: What Clausewitz Really Meant. *Joint Force Quarterly* 35: 20-27.
- Souchon, Lennon. 2004. *Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) am 21.9.2004*. <http://www.wdr.de/tv/q21/887.0.phtml>. 1.9.2007.
- Sumida, Jon Testura. 2008. *Decoding Clausewitz: A New Approach to On War*. Lawrence: University Press of Kansas.

- Tilly, Charles. 1985. War Making and State Making as Organized Crime. In: Peter B. Evans, Dietrich Rueschemeyer und Theda Skocpol (Hrsg.), *Bringing the State Back In*. Cambridge: Cambridge University Press, 169-191.
- Toffler, Alvin und Heidi Toffler. 1994. *War and Anti-War: Survival at the Dawn of the 21st Century*. London: Warner Books.
- Ulmen, Gary. 2001. The Military Significance of September 11. *Telos* 121: 174-184.
- Weber, Max. 1973. Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Johannes Winkelmann (Hrsg.), *Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr.
- Zhang, Yuan-Lin. 1995. Ideales denken, um Reales zu begreifen. Die methodischen Aspekte des absoluten Krieges bei Carl von Clausewitz. *Zeitschrift für Politik* 42: 369-382.